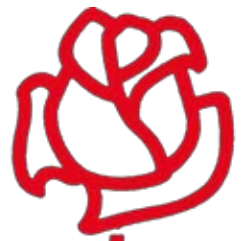


Monatsspiegel



Juli/August 2010



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Freiheit und Internet

Bericht aus der Projektgruppe Netzpolitik

Dieser Leitartikel birgt gleich drei Neuerungen: Das neue Thema „Netzpolitik“, die Arbeitsform „Projektgruppe“ und dass es in diesem Monatsspiegel statt eines Leitartikels viele kleine Beiträge zum „Leitthema“ geben wird.

Das Thema „Freiheit und Internet“ ist derzeit politisch so heiß, wie es die Ökologie Anfang der 80er Jahre war. Unter anderem die Erfolge der Piratenpartei als Einthemenpartei zeigen, dass das Thema für immer mehr Bürgerinnen und Bürger wahlentscheidend ist. Auch eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Netzpolitik hat vor kurzem ihre Arbeit aufgenommen.

Bisher wurde das Thema „Netzpolitik“ sowohl mangels technischem Verständnis als auch aufgrund der Behauptung, es sei für breite Wählerschichten uninteressant und als Sicherheitsthema für die politische Linke kein „Winnerthema“, vernachlässigt. Dabei prägt das Internet das tägliche Leben vieler Menschen genauso stark wie Wohnumfeld und Verkehrsinfrastruktur.

Unter dem Begriff „Netzpolitik“ werden alle bei der Nutzung des Internets auftretenden Fragen zusammengefasst. Das Feld reicht von klassischen Freiheitsthemen wie der Auseinandersetzung um die Vorratsdatenspeicherung über eigentumspolitische Themen wie dem Urheberrecht bis hin zum Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrecht, wie wir es bisher nur im Bereich der Presse und Massenmedien kannten. Zu den einzelnen Themen findet Ihr im Anschluss inhaltliche Beiträge.

Neu ist auch die Arbeitsform der „Projektgruppe“:

- Anders als ein Arbeitskreis soll diese nichtdauerhaft arbeiten, sondern war bewusst nur auf drei Treffen angelegt. Dies ist einerseits wichtig, da die Bereitschaft zur dauerhaften Bindung in einer festen Struktur abgenommen hat. Andererseits ist ein Arbeitskreis wie eine Fernsehserie: wer die letzten Folgen verpasst hat, hat kaum mehr eine Chance, rein zu kommen.

■ **Von Dirk Goldenstein**
Stellvertretender Vorsitzender der SPD Erlangen



■ **Von Andreas Richter**
Friedensbeauftragter im SPD-Kreisvorstand



- Projektgruppen sind auf ein konkretes Ziel hin ausgerichtet. Es wird also nicht um des Tagens Willen getagt, sondern man hat das Ziel von Anfang an im Auge. Diese Projektgruppe sollte die Juli-KMV vorbereiten und hierzu diesen Leitartikel schaffen, einen Antrag erarbeiten und diesen auf der KMV vorstellen und in der Diskussion begründen und erläutern.
- In einer Projektgruppe sollen auch ExpertInnen und PraktikerInnen von außerhalb der Partei eingebunden werden. Die Projektgruppe dient

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

07.07.	20:00	AK Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 6
09.07.	17:00	Geburtstagsempfang für Willi Gehr	Rathaus, 14. OG	S. 5
13.07.	20:00	Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung	AWO-Raum	S. 17
13.07.	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 18
13.07.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 19
14.07.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 22
14.07.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 18
15.07.	20:00	Kreisvorstand	Turnerbund	S. 7
20.07.	20:00	Distrikt Eltersdorf: Treffen	Schützenhaus	S. 17
20.07.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 17
21.07.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 21
22.07.	19:00	60plus (UB): Veranstaltung Finanzkrise	Herzogenaurach	S. 22
22.07.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
28.07.	20:00	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 17
01.08.	10:30	Politisches Sonntagsfrühstück	Gutmann am Dutzendteich	S. 15
07.08.	17:00	Distrikt Frauenaaurach: Sommerfest	Gisela Niclas	S. 17
13.08.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Kerwa-Anstich	Festzelt Sebastianstraße	S. 19
11.09.	14:00	Rundgang zur Parteigeschichte	August-Bebel-Haus	S. 3
11.09.	16:00	Jubiläumsfest	Neustädter Kirchenplatz	S. 3

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Geschäftsführerin: Sabine Wehner
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 10:00 bis 12:00 Uhr
Dienstag 10:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch 10:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag 16:00 bis 18:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen
Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

dem Erarbeiten einer Position und nicht deren Vermittlung – anders als die „klassische“ Veranstaltung soll sich nicht die Öffentlichkeit die Meinung der SPD anhören, sondern wollen wir Meinung, Erfahrung und Forderungen der Öffentlichkeit anhören und hieraus gemeinschaftlich Politik formulieren.

Unsere Projektgruppe hat bereits zweimal getagt und war jeweils gut besucht. Gerade die fachlichen Beiträge von Nichtmitgliedern waren für die Arbeit sehr wertvoll. Für die Moderatoren der Projektgruppe war es ungewohnt, nicht mit einem festen Konzept und einer formulierten Position in den Abend zu gehen. Im Rückblick hat dies aber der Diskussion und auch der eigenen Meinungsbildung gut getan.

Nach dieser Einleitung findet ihr im Schwerpunkt „Netzpolitik“ ab Seite 8 eine Sammlung mehrerer thematischer Artikel von mehreren PG-Mitgliedern. Aufgrund der knappen Zeit liegen noch nicht alle Beiträge bei Redaktionsschluss vor, die Nachzüglerbeiträge und die Endfassung des Antrages werden aber rechtzeitig vor der KMV per E-Mail nachgereicht.

Wir bedanken uns bei den Mitgliedern der Projektgruppe für ihr Engagement und die wertvollen Beiträge!

Weitere Artikel zum Thema „Netzpolitik“ ab Seite 8

Jubiläumsfest 140 Jahre SPD Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten euch bereits jetzt herzlich einladen zum

Jubiläumsfest der Erlanger SPD am Samstag, 11. September ab 16 Uhr auf dem Neustädter Kirchenplatz

Den Ablauf des Festes findet ihr im September-Monatsspiegel.

Vor dem Beginn des Festes wollen wir mit einem kleinen Stadtrundgang wichtige Stationen der Geschichte der Erlanger SPD beleuchten. Wir laden euch daher herzlich ein zum

Stadtrundgang zur Geschichte der SPD am 11. September, 14 Uhr, Treffpunkt am August-Bebel-Haus

Wir freuen uns auf euren Besuch.

Damit das Fest gelingt, brauchen wir aber auch eure Hilfe. Denn ohne Unterstützung können wir das Fest nur im sehr kleinen Rahmen abhalten.

Kuchenspenden

Wie bei vielen Festen in der Vergangenheit wollen wir auch beim Jubiläum wieder einen Kuchenstand anbieten. Dafür brauchen wir euch als Bäckerinnen und Bäcker: Stellt uns einen Kuchen zur Verfügung. Bitte meldet euch bei Sandra Radue, (Telefon 4003764, E-Mail sandra.radue@gmx.de), welchen Kuchen ihr beibringt. Abgabe am Festtag bitte zwischen 14 und 15 Uhr.

Erzählcafé

Im Rahmen des Festes wollen wir auch eure Geschichte mit der Erlanger SPD hören. Dazu werden im „Erzählcafé“ Gesprächsrunden stattfinden. Hier freuen wir uns auf deine Geschichte. Bitte melde dich bei Sandra Radue, wenn du etwas zum Erzählcafé beitragen möchtest.

Auf- und Abbau

Ein Jubiläumsfest muss auf- und abgebaut werden. Dazu brauchen wir viele Helferinnen und Helfer, die schon ab 10 Uhr beim Auf- oder nach dem Fest (ca. 19 bis 21 Uhr) beim Abbau helfen können. Bitte melde dich dafür bei Katharina Ullmann (Telefon 405100, E-Mail katharina.ullmann@gmx.de).

Standbetreuung

Kuchenstand, Getränkeauschank, Grill etc. müssen betreut werden. Dafür brauchen wir dich. Bitte melde dich bei Sabine Wehner im Parteibüro, wo du helfen kannst. Viele Stände werden von einem Distrikt betreut, hier erfährst du näheres von deinem oder deiner Distriktvorsitzenden.

Mitarbeit bei der Organisation

Unser Organisationsteam ist bisher sehr klein. Damit wir die Vorbereitung des Festes abwickeln können, hoffen wir daher auf eure Unterstützung. Bitte meldet euch bei Sandra Radue, wenn ihr mitarbeiten könnt.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, den 22. Juli 2010, 20.00 Uhr Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. „Freiheit und Internet“ – Vorstellung der Ergebnisse der Projektgruppe „Netzpolitik“ mit Diskussion
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

80 Jahre und (k)ein bisschen weise

Willi Gehr zum Geburtstag

Lieber Willi,
Es ist kaum zu glauben, aber am 9. Juli wirst Du 80 Jahre alt. Die Hälfte dieser Zeit, also gut 40 Jahre, kennen wir uns aus der gemeinsamen politischen Arbeit. Ich habe mich deshalb sehr gefreut, dass ich aus diesem Anlass um einen Beitrag für den Monatsspiegel gebeten worden bin.

Wenn man in Deiner Biographie blättert, so kann man die zahlreichen Würdigung



Deines vielfältigen ehrenamtlichen Engagements als Stadtrat, einige Jahre auch als Fraktionsvorsitzender und als Bezirksrat nachlesen.

Schwerpunkt Deiner politischen Arbeit war einerseits die Sozialpolitik im weitesten Sinn und andererseits Dein Einsatz für den Vereins- und Breitensport. Dass wir, die Erlanger SPD auf diesen Feldern so viele Erfolge nachweisen können, ist zu einem großen Teil Dein Verdienst. Deine Hartnäckigkeit und Ausdauer im Verfolgen eines von Dir als richtig erkannten Zieles haben immer wieder so manche Bedenken aus dem Weg geräumt.

Im Dezember 2006 hat Dir der damalige Vorsitzende der BayernSPD Ludwig Stiegler die Georg-von-Vollmar-Medaille, die höchste Auszeichnung der BayernSPD, verliehen.

„Der Einsichtige weiß, dass nicht minder wichtig für den Erfolg als die Kraft im Sturmdrange, die Tüchtigkeit im Dauerkampf ist“, so hat Ludwig Stiegler Georg von Vollmar zitiert, und er hat weiter gesagt: „Diese Worte haben bis heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren: Politik lebt nicht vom Triumph des Augenblicks, sondern vom Glanz der Dauer. Dieser Glanz liegt auf Willi Gehrs Lebensleistung. Durch sein Wirken hat er zu den so wichtigen Verände-

rungen hin zu einer sozial gerechteren Gesellschaft beigetragen und sich auch durch Rückschläge nie entmutigen lassen. Unsere Aufgabe bleibt weiterhin, allen Schwierigkeiten zum Trotz, die Lebensqualität der Menschen auf Dauer zu verbessern. Dazu brauchen wir mehr Menschen wie Willi Gehr.“

Lieber Willi, Du bist seit 1952 – also beinahe 60 Jahre – Mitglied der SPD. Als ich 1969 in die SPD eingetreten bin, hast

■ **Von Heide Mattischeck**
Bundestagsabgeordnete a.D.



Du schon Verantwortung getragen, gemeinsam mit Karl-Heinz Hiersemann, Günter Kaspar, Waldemar Heinlein, Rudolf Schwarzenbach und anderen. Bald haben wir gemeinsam im Kreisvorstand die Vorbereitungen für die OB-Wahl im Jahre 1971 und für die so wichtige und entscheidende Kommunalwahl im Jahre 1972 getroffen.

Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre fanden viele junge Menschen zur Erlanger SPD, viele zogen aus allen Richtungen der Republik zu. Wir mussten erst einmal zusammenwachsen. Du als „alter“ Erlanger hast dabei eine wichtige Rolle gespielt.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juli und August Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- 05.07 Wilhelm Schmidt
75 Jahre
- 09.07 Wilhelm Gehr
80 Jahre
- 09.07 Wolfgang Feulner
60 Jahre
- 10.07 Silke Zieten
78 Jahre
- 11.07 Heike Fischer
50 Jahre
- 18.07 Edgar Hartmann
70 Jahre
- 26.07 Giorgio Jellici
75 Jahre
- 03.08 Fritz Hollaender
88 Jahre
- 04.08 Andreas Hahn
84 Jahre
- 05.08 Hans Buerhop
71 Jahre



- 05.08 Waltraud Schüßler
60 Jahre
- 07.08 Marga Mittag
79 Jahre
- 07.08 Ruth Lang
86 Jahre
- 09.08 Roland Heumüller
65 Jahre
- 09.08 Helmut Aichele
71 Jahre

1972 wurdest Du in den Stadtrat gewählt. Von Anfang an hast Du den Sozialen Wohnungsbau in den Mittelpunkt Deiner Arbeit gestellt. Du wurdest Fürsprecher für alle, die eine bezahlbare Wohnung brauchten. Du warst immer ein Anwalt derjenigen, die auf Hilfe der Gemeinschaft angewiesen waren. Nicht die Almosen für Bedürftige wolltest Du, sondern Chancen für alle. So hast Du zum Beispiel immer für moderate Gebühren bei städtischen Einrichtungen gekämpft.

Du warst und bist – im besten Sinne des Wortes – Lobbyist für den Sport, insbesondere natürlich für den Breitensport. Nicht selten hast Du zusammen mit Harald Krebs über Fraktionsgrenzen hinweg Tatsachen geschaffen, die wir dann „sportlich“ akzeptieren mussten.

Lieber Willi, auch Dein Mandat als Bezirksrat hast Du mit Hingabe ausgefüllt und Dich dabei insbesondere für Kranke und Behinderte eingesetzt.

Dein ganzes politisches Leben hast Du Dich für die Schwachen stark gemacht, damit sie die Chance bekommen, sich selbst zu helfen. Dieses unermüdliche Engagement und die daraus resultierenden Erfolge sind vielfach und zu Recht gewürdigt worden.

Dein Herz für die Schwachen, Dein ausgeprägtes Gespür dafür, was die Gesellschaft in unserer Stadt zusammenhält, das ist es, was wir an Dir so schätzen und lieben. Wie schwer muss es für Dich mit an zusehen sein, wie die schwarz-gelbe Regierung in Berlin den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet.

Das Bild von Dir, lieber Willi, ist jedoch unvollständig, wenn ich Deine Liebe zur Geselligkeit nicht erwähne. Gemeinsam arbeiten, das heißt für Dich auch, gemeinsam feiern und sich dabei besser persönlich kennen lernen. So erinnere ich mich gerne an die schönen Ausflüge der Fraktion, die Du in der Regel geplant und vorbereitet hast, die nicht nur Spaß gemacht, sondern auch zum guten „Betriebsklima“ beigetragen haben.

Bei der Aufzählung Deiner vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten konnte man glatt vergessen, dass Du bis 1993 auch noch einen anstrengenden Beruf hattest – als „Gelber Engel“ beim ADAC. Auch Deine Familie durfte nicht zu kurz kommen – dafür hat schon Deine Liesl gesorgt. Sie hat Dir bei all Deinem Tun immer den Rücken gestärkt, auch wenn dadurch manches an ihr „hängen gelieben“ ist.

Lieber Willi, Deine Liebe zu den Bergen, dem Bergsteigen, zu Umhausen im Ötztal und besonders zur Erlanger Hütte wird vielen der Jüngeren in der Partei nicht so bekannt sein.

Ich weiß nicht, ob Du Deine Besuche der Erlanger Hütte gezählt hast. Für mich sind es unvergessene Erinnerungen an gemeinsame Fahrten ins Ötztal nach Umhausen. und an durchaus Kräfte zehrende und schweißtreibende Aufstiege von der Alm auf die Hütte. Dort oben, nach überstandener körperlicher Anstrengung, bei leckerem Essen und einem guten Schoppen Rotwein erlebt man einen anderen Willi. Da bist Du

entspannt und kannst die schönen Seiten des Lebens so richtig genießen. Ich glaube, am liebsten würdest Du Deinen 80. Geburtstag dort oben feiern. Allerdings würdest Du auf einen großen Teil Deiner Gäste verzichten müssen. Und das willst Du natürlich auch nicht.

Lieber Willi, ich wünsche Dir von ganzem Herzen alles Gute, bleib gesund und guter Dinge und bleibe so, wie Du bist.

Das wünscht Dir im Namen der Erlanger SPD

Deine Heide Mattischeck

Einladung zum Geburtstagsempfang

Am 9. Juli feiert Willi Gehr, langjähriges Mitglied im Erlanger Stadtrat, ehem. Fraktionsvorsitzender und Bezirksrat seinen 80. Geburtstag.

Aus diesem Anlass geben die Stadt Erlangen und der SPD-Kreisverband Erlangen einen Empfang am

**Freitag, 9. Juli, 17.00 Uhr,
Rathaus Erlangen, Konferenzsaal 14. OG**

Die Veranstaltung wird musikalisch umrahmt von der Chorgruppe „Some-sing“

An Stelle von Geschenken bittet Willi Gehr um Spenden für den Förderverein „Maluki“ des Martin-Luther-Kindergartens in Büchenbach

Kto 43001664

Sparkasse Erlangen

BLZ 763 50 000

Stichwort: „Geburstagsspende Gehr“

Die Michael-Poeschke-Gesellschaft lädt ein: Fahrt zur neuen Synagoge in München

Unsere Fahrt nach Dachau im vergangenen Jahr hat guten Anklang gefunden. Viele TeilnehmerInnen äußerten den Wunsch nach einem weiteren Tagesausflug mit interessantem Ziel.

Am **Sonntag, 24. Oktober 2010** fahren wir nach München, um die neue Synagoge zu besichtigen.

Wir werden um 7.45 Uhr von Erlangen mit dem Bus nach München fahren. Am Vormittag ist eine Stadtführung/Rundfahrt geplant und bereits angemeldet. Am Nachmittag findet die bereits angemeldete Begehung der neuen Synagoge statt. Gegen 20 Uhr werden wir wieder in Erlangen sein.

Die Kosten für den Bus, die Stadtführung und die Synagogenführung wer-

den 25 Euro nicht übersteigen. Einzelheiten und der genaue Ablauf werden den Interessenten selbstverständlich noch mitgeteilt.

Da aus Sicherheitsgründen für die Synagogenbesichtigung alle daran teilnehmenden BesucherInnen namentlich schriftlich 3 Wochen vorher angemeldet werden müssen, wäre es schön, wenn Ihr Euch bei Interesse bald melden würdet.

Georg Brugger, Heide Mattischeck, Christa Matern

Kontakt über Heide Mattischeck

Telefon: 09545/442377

Fax: 09545/442378

Mail: heide.mattischeck@web.de

Die nächste „Euro-Krise“ verhindern!

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 22. Juli 2010

Antragsteller: AK Wirtschaftspolitik

Die Entwicklungen in Griechenland und in abgeschwächter Form auch in Portugal und Spanien haben deutlich gemacht, dass die Eurozone unter schweren Konstruktionsfehlern leidet. Das Problem waren dabei weniger die überbordenden Haushaltsprobleme – die es gleichwohl auch gibt und die in Griechenland natürlich mit Auslöser der Krise waren (Spanien aber weist zum Beispiel eine niedrigere Verschuldung als Deutschland auf) –, sondern die fehlende wirtschaftspolitische Koordinierung innerhalb der Eurozone verbunden mit einer fehlenden Regulierung der Finanzmärkte, die die Angriffe auf einige Euro-Staaten erst möglich machten.

Die Leidtragenden der Entwicklungen sind dabei wieder einmal mehr nicht diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind. Die Sparpakete, die in vielen Euro-Ländern verabschiedet wurden, treffen vor allem die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentner und andere, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Eine Erhöhung von Staatseinnahmen durch eine Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen spielt dagegen eine untergeordnete Rolle bei der Haushaltskonsolidierung.

Wesentliche Ursache für die aktuelle Krise sind aber die enormen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte in der Eurozone. Hier trägt Deutschland eine besondere Verantwortung: Die starke Zunahme der deutschen Exportüberschüsse wurde über eine reale Abwertung gegenüber den anderen Euro-Staaten erzielt, die durch sinkende Reallöhne und Sozialtransfers herbeigeführt wurde.

Daher ist Deutschland auch bei der Krisen-Bewältigung in einer zentralen Position: Für einen funktionierenden

europäischen Wirtschaftsraum müssen die Leistungsbilanz-Ungleichgewichte beseitigt werden. Es ist eine Politik für stärkere Binnennachfrage notwendig. Die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen muss umgekehrt werden. Dies ist nicht nur die Angelegenheit der Tarifparteien. Der Staat muss Umverteilung über das Steuer- und Abgabensystem



Bild: Jörg Siebauer / pixelio.de

sowie den Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen vorantreiben und zum anderen Impulse für Innovation und Wachstum setzen. Dies ist in der aktuellen Lage nur durch Schulden zu finanzieren.

Daneben ist aber auch ein Kurswechsel hin zu einer nachhaltigen und solidarischen europäischen Integration notwendig. Die bloße Orientierung an der Geldwertstabilität ohne Rücksicht auf Wachstums- und Beschäftigungseffekte hat insbesondere Länder mit Leistungsbilanzdefiziten immer weiter belastet. Europa braucht eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung. Die einseitige Fixierung auf Sparprogramme und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit treibt Europa nur immer weiter in die Krise. Es wäre der falsche Weg, die EU nun zu einer Sanktionsebene umzubauen, um in allen Staaten einen Sparkurs durchzudrücken. Nur eine koordinierte europäische Wachstumsstrategie kann Europa zukunftsfähig aufstellen. Dazu braucht es auch eine gemeinsame Finanz- und Investitionspolitik.

Wir fordern daher:

- Eine Koordinierung der Haushalts-

und Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedstaaten.

- Einen Europäischen Stabilisierungsfonds, der in Notsituationen und bei rasch steigenden Refinanzierungszinsen umgehend zur Unterstützung fähig ist.
- Die Einführung von Eurobonds (Europäischen Anleihen), deren Zinsen den (gewichteten) Durchschnittsbonitäten der Eurostaaten entsprechen.
- Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes; die bisherige Regelung mit dem willkürlich festgelegten 3%-Kriterium ist zu starr und bedarf einer ökonomisch sinnvollen Reform, um den Nationalstaaten gerade in der Krise die nötigen Handlungsspielräume zu ermöglichen.
- Eine Zielsetzung der EZB, in der neben die Preisstabilität gleichberechtigt ein gleichmäßiges Wirtschaftswachstum und ein hoher Beschäftigungsstand treten.

Zu Verhinderung weiterer Spekulation gegen EU-Mitgliedsstaaten ist außerdem eine Regulierung der Finanzmärkte dringend erforderlich. Die Anforderungen hieran (Verbot bestimmter Produkte, Finanztransaktionssteuer etc.) haben wir in anderen Beschlüssen bereits ausformuliert.

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 7. Juli, 20 Uhr
im Sitzungszimmer des
August-Bebel-Hauses**

Themen: „Aktuelles“, „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ (SPD-Präsidiums-Papier), Finanzmarkt-/Euro-Krise, Anträge an die KMV zur Weiterleitung an den Bundesparteitag

Helmut Pfister

Den schwarz-gelben Angriff auf den Sozialstaat abwehren

Beschluss der Kreismitgliederversammlung der SPD Erlangen am 17.6.2010

Bund, Länder und Kommunen befinden sich in einer ernsten Haushaltslage. Angela Merkel und Guido Westerwelle behaupten: Wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt. Die Wahrheit ist aber: Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer, das Kernproblem der öffentlichen Haushalte sind die Einnahmeausfälle durch Steuersenkungen zugunsten von Reichen und Unternehmen und die Kosten für den „Bankenschutzschirm“. Eine neoliberale Politik der Umverteilung und zügellose Finanzmarkt-Spekulationen haben die Krise der öffentlichen Haushalte verschärft. Und ausgerechnet diese Politik soll jetzt über die Haushalt-Politik verstärkt fortgesetzt werden. Beschäftigte und sozial Schwache sollen die Zeche zahlen. Dagegen wehren wir uns!

Wo wird gekürzt?

- Arbeitslose tragen die Hälfte der Kürzungsmaßnahmen. Pflichtleistungen für Arbeitslose werden in Ermessensleistungen umgewandelt, mit Einschnitten von insgesamt 16 Mrd. Euro bis 2014.
- Maßnahmen zur finanziellen Abfederung des Übergangs in das Arbeitslosengeld II werden gestrichen!
- Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslosengeld-II-Empfänger fallen weg! Der Weg in die Altersarmut ist damit für viele vorprogrammiert.
- Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger wird komplett gestrichen! Alleine 46 Prozent aller Empfänger sind Rentnerinnen und Rentner.
- Das neue Elterngeld wird abgesenkt! Damit legt Schwarz-Gelb den Rückwärtsgang in der Familienpolitik ein.
- Im öffentlichen Dienst werden mehr als 10.000 Stellen dauerhaft gestrichen!

Banken, Spitzenverdiener und Vermögende werden hingegen geschont. Ein echter Sozialausgleich findet nicht statt.

Die behauptete „Beteiligung der Wirtschaft“ – „Brennelementesteuer“, Abbau von Steuervergünstigungen für

energieintensive Betriebe, Besteuerung der Banken, „Luftverkehrsabgabe“, Dividenden-Abführung der Deutsche Bahn – sind entweder Luftbuchungen, an ungeprüfte und unsichere Bedingungen geknüpft oder vom Umfang her marginal.

Die Handlungsfähigkeit des Staates, der soziale Zusammenhalt und die Zukunftsinvestitionen unserer Gesellschaft stehen auf dem Spiel. Klientel- und Subventionspolitik, Privilegien und Begünstigungen für Wohlhabende auf der einen, Belastungen von Arbeitnehmern und Arbeitslosen auf der anderen Seite spalten die Gesellschaft. Schlimmer noch, mit dieser „Umverteilungskürzungspolitik“ wird die Binnennachfrage weiter schrumpfen und da auch alle anderen europäischen Länder „sparen“ (=kürzen), wird die Wirtschaft weiter schrumpfen. Die nächste „Sparrunde“ ist deshalb abzusehen. Die Spirale nach unten beschleunigt sich, die Wirtschafts- und Währungsfrage der EU wird verlängert und verstärkt. Statt dass ein Gläubigerland wie Deutschland mit mehr Investitionen, Konsum und Einfuhren dazu beiträgt, Ungleichgewichte in der Europa zu verkleinern, werden diese sogar vergrößert.

Fazit: Die Reichen werden verschont – Wachstum und Sozialstaat (nicht nur bei uns) ruiniert!

Wir brauchen eine Neubestimmung der Politik.

Angesichts dieser beschämenden Orientierungslosigkeit und Ungerechtigkeit kämpft die SPD für eine neue soziale Ordnung. Wir wollen einen neuen Lastenausgleich, der Schluss macht mit Günstlingswirtschaft und Privilegien für die oberen Zehntausend. Ein sozialer Ausgleich, der auch Spitzenverdiener und Vermögende steuerlich angemessen an der Bewältigung der Krise beteiligt. Ein Pakt des Zusammenhalts, der vor allem das Kapital als Verursacher der Krise nicht aus der Verantwortung für die Zukunft der Gesellschaft entlässt. Wir wollen eine neue, europäisch koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Wir fordern:

- Eine Finanzmarkttransaktionssteuer: 14 bis 30 Mrd. Euro je nach Ausgestaltung.
- Rücknahme der Steuersenkungen für Hoteliers und Gutbetuchte: 3,5 Mrd. Euro.
- Gerechtere Besteuerung großer Vermögen: mindestens 10 Milliarden Euro.
- Ein höherer Spitzensteuersatz: bis zu sieben Milliarden Euro.
- Ein flächendeckender Mindestlohn von 7,50 Euro: 1,5 Mrd. Euro weniger Ausgaben, wenn der Staat Dumpinglöhne nicht mehr mitfinanzieren müsste.
- Besteuerung von Brennelementen mit Einnahmeverbesserungen von mindestens 2,5 Milliarden Euro jährlich.
- Übertragung der Kosten für die Sanierung der Atommülllager Asse und Morsleben auf die Urheber der eingelagerten Mengen mit Einsparungen von rund 4 Milliarden Euro.
- Eine massive Reduzierung der Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt
- Eine Gemeindefinanzreform, die die Einnahmehasis der Kommunen stärkt.

Gegen den Angriff auf das Gemeinwohl werden wir Widerstand leisten. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich an den Protestveranstaltungen der nächsten Wochen zu beteiligen.

Sitzung des Kreisvorstands

Der Kreisvorstand trifft sich zu seiner nächsten Sitzung am

**Donnerstag, 15. Juli,
20 Uhr im Turnerbund**

Auf der Tagesordnung steht das Thema „Integration in Erlangen“ sowie ein Bericht zur Haushaltssituation der Stadt Erlangen und der Position unserer Fraktion.

Dieter Rosner, Dirk Goldenstein, Sandra Radue

Schwerpunktthema Netzpolitik

Im Folgenden findet ihr eine Reihe von Beiträgen, die im Rahmen der Projektgruppe „Netzpolitik“ entstanden sind. Sie sollen euch einen Einstieg in die Diskussion zum Thema geben, die wir auf der Juli-KMV führen werden.

Patentschutz auf Software?

Der Arbeitsaufwand zur Herstellung komplexerer Waren liegt zu einem großen Teil nicht in deren Herstellung, selbst, sondern in der Entwicklung dieser Waren. In der Automobilbranche haben die Kosten für Forschung und Entwicklung (F&E) einen Anteil um die 10 % an den Gesamtkosten. Könnte nun ein anderer Hersteller die Entwicklungsarbeit seines Konkurrenten durch Nachahmung umgehen, so gewänne er zu dessen Lasten. Teile der F&E-Arbeit fließen in neue Produktionsverfahren und Methoden, sowie in neue Funktionalitäten des Endprodukts, selbst. Solche Anteile lassen sich mit verhältnismäßig wenig Aufwand nachahmen. Deswegen können technisch neue Verfahren, Produkte oder Teilprodukte durch Patente geschützt werden, wenn sie eine gewisse Erfindungshöhe erreichen. Patente sind im allgemeinen nicht das Werk schrulliger Erfinder, sondern werden von Unternehmen systematisch in einem Portfolio aufgebaut.

Vor dem beschriebenen Hintergrund sind auch Softwarepatente zu sehen, die in den USA schon lange und seit einiger Zeit auch in Europa möglich sind. Da bei der Software die Erstellungskosten fast ausschließlich aus F&E-Arbeit entstehen, scheint hier vordergründig ein Patentschutz besonders geboten. Bei genauem Hinsehen ergeben sich aber Zweifel:

- Warum patentieren?

Software ist bereits durch das Urheberrecht geschützt. Ferner muss der Hersteller den Quellcode nicht veröffentlichen; eine Rückentwicklung aus dem maschinenlesbaren Programm dürfte in der Regel weitaus aufwendiger sein als dessen Neuerstellung. Warum sollte sich also jemand die Mühe und Kosten machen seine Software auch noch zu patentieren?

- Was wird da eigentlich patentiert?

In der Beantwortung dieser Frage ist auch die Antwort auf die vorherige enthalten. Geschützt wird in der Regel nicht ein Softwarepaket in sei-

■ Von Georg Kirschbaum

ner konkret vorliegenden Form. Der Patentschutz wird vielmehr für einen funktionalen Zusammenhang oder Algorithmus erworben. So hat z.B. ein schwäbischer Automobilzulieferer Ende der achtziger Jahre durch eine geschickte Patentstrategie versucht den Feldbus¹, als solchen, für sich zu reklamieren.² In den USA gab es andere Patente, die weniger ein konkretes technisches Verfahren beschrieben haben, sondern eher prognostisch waren. D.h., eine prognostizierbare technische Weiterentwicklung wurde patentiert, z.B. die Integration mehrerer Transistoren auf einem Substrat (Integrated Chip, IC).

Die beiden Beispiele zeigen Patente, die nur vermeintliche eigene F&E-Investitionen schützen. Tatsächlich versuchen sie ein Revier abzustecken, um über künftige Technologien ein Anbietermonopol zu erlangen. Solche blockierenden Patente dürfte es auch in anderen Technologien geben. Im Zusammenhang mit Firmware und Software scheinen sie besonders häufig.

Patente, die statt eigene F&E-Arbeit zu schützen das Terrain für künftigen technologischen Fortschritt abgrenzen, behindern nicht nur den Konkurrenten, sondern den potentiellen Konkurrenten. Das kann dann aber genauso gut eine Forschungseinrichtung sein wie ein Staat mit geringer Wirtschaftsleistung. Letztlich kommen solche Patente

¹ Ein Feldbus ist ein asymmetrisches Rechnernetzwerk im industriellen Bereich, das aus einem oder wenigen steuernden Rechnern (Controller) besteht und aus vielen ausführenden oder messenden Geräten (Devices). Das prinzipielle Verfahren Feldbusse einzusetzen war zu diesem Zeitpunkt längst bekannt.

² Es handelt sich um ein Firmware-Verfahren. Firmware ist in nicht universelle elektronische Komponenten eingebettete Software. Im Zusammenhang mit solchen technischen Gesamtverfahren waren entsprechende Patente schon in den achtziger Jahren möglich.

dem nahe, als würde man einen alleinigen Anspruch auf die Verwertung von Forschungsergebnissen zulassen. Sie zementieren gesellschaftliche Ungleichheit über die Ungleichheit des Vermögens hinaus. Sie schaffen Ungleichheit für zukünftiges Wissen und damit auch Vermögen.

Es wäre sicher wünschenswert blockierende Patente generell zu unterbinden, unabhängig vom Technologiebereich, dem sie zuzuordnen sind. Ob ein Patent tatsächlich erfolgte F&E-Arbeit schützt oder eher blockierend ist, lässt sich für beliebige technische Bereich höchstens im Einzelfall ermitteln. Speziell im Bereich von Software und Firmware gibt es aber eher selten die Notwendigkeit Investitionen für F&E durch Patente zu schützen.

Aus inhaltlicher Sicht müssen wir uns dafür stark machen, dass Software und Firmware genauso wenig patentierbar sind, wie die Forschung, selbst. Mit einem Antrag zur Gesetzesänderung würden wir uns aber verheben, da die Patent- bzw. GM-Erteilung internationalen Verflechtungen unterliegt. Ein erster Schritt ist eine Diskussion und Publikation, die auch größere Kreise für dieses Thema wenigstens sensibilisiert.

Ich möchte hier noch einen Link zur europäischen Sektion der FSF (Free Software Foundation) einfügen: <http://www.fsfe.org/about/basics/freesoftware.de.html>

Unabhängig davon, dass die meisten Softwarepakete unter der GPL- bzw. LGPL-Lizenz³ keinen Warencharakter haben, da sie aus der Lust des Erstellers am Modellieren, an öffentlichen Forschungseinrichtungen oder ähnlich entstanden sind, werden auf der Seite einige Aspekte angerissen, die bis auf den Punkt „Die Freiheit, Kopien weiterzugeben und damit seinen Mitmenschen zu helfen“ auch für kommerzielle Software Gültigkeit haben müssten.

³ Die Gnu-Public-License bzw. Lesser-Gnu-Public-License sind die von der FSF favorisierten Weitergabebedingungen für Software. Beide Lizenzen beinhalten das sogenannte Copy-Left. Die wesentliche Aussage ist: „Du darfst die Software beliebig erweitern oder ändern. Du bist aber verpflichtet Deine Änderungen unter der gleichen Lizenz weiter zu veröffentlichen.“

Soll, darf Software gegen Kopieren geschützt sein?

Soll, darf Software gegen Kopieren geschützt sein?

Unter anderem mit einem Nein als Antwort hat die Piratenpartei einen nicht un-beachtlichen Erfolg bei der letzten Bundestagswahl errungen. Kopiergeschützte Inhalte oder Software zu kopieren ist in der Zwischenzeit strafbar, auch Mittel zu diesem Zweck bereit zu stellen.

Zunächst wollen wir ein paar Begriffe klären:

- Kopieren

Der Begriff wird transzendent verwendet. Man kopiert ein Programm auch, wenn man es aufruft, nämlich in den Speicher des Rechners. Eine Sicherungskopie soll hier unmittelbar auch nicht interessieren. Beides sind technische Vorgänge, die wir nicht politisch diskutieren.

Unter Kopieren wollen wir hier verstehen eine Software auf einen weiteren remanenten Datenträger zu transferieren, um sie nebenläufig mit dem Original nutzen zu können.

- Kopiergeschützt

Dieser Begriff wird besonders unscharf verwendet. Um aus einer Nachricht eine Information zu erhalten ist immer ein Interpreter erforderlich, d.h. die Nachricht muss dekodiert werden. Mir ist jedenfalls niemand bekannt, dem sich der Inhalt einer DVD durch blosses Betrachten der Scheibe intuitiv erschliesse. Man kann hier höchstens zwischen proprietären, i.a. nicht dokumentierten, und öffentlich zugänglichen Verfahren des Kodierens und Dekodierens unterscheiden.

Als erkennbar geschützt würde ich eine Nachricht nur dann bezeichnen, wenn sie nur durch einen Schlüssel oder Dongle in eine Information verwertet werden kann. Diese Nachricht ist dann aber gerade nicht kopiergeschützt, sondern gegen Verwertung geschützt. Ich kann einen geschlüsselten Datenträger beliebig oft kopieren; ich kann ihn nur nicht entschlüsseln ohne Schlüssel oder Dongle weiter zu geben.

Im Regelfall ist nicht freie Software auch nicht kopier- sondern auf die zuvor beschriebene Art verwertungsgeschützt, d.h. bei der Installation ist

ein Schlüssel einzugeben oder beim Betrieb ist ein Dongle zu stecken. Kopierschutz findet man eher Audio-CDs oder Video-DVDs, da hier weder Schlüssel noch Dongle praktikabel wären.

Im Zusammenhang nicht autorisierter Vervielfältigungen redet die Software-Industrie gerne von Raubkopien. Dabei bleibt zunächst festzuhalten, dass hier nicht gestohlen und schon gar nicht geraubt wird. Wenn ich ein Auto stehle, hat das für den Eigentümer zur Folge, dass er sein Auto jetzt nicht mehr nutzen kann. Wenn ich eine Software unautorisiert kopiere, kann sie danach



Bild: Thorben Wengert / pixelio.de

von jedem rechtmäßigen Eigentümer genauso uneingeschränkt genutzt werden wie zuvor auch. Ich stehle also diese Software nicht, sondern ich erschleiche mir ihre Verwertung.

Software, die vertrieben wird, wurde i.a. nur zu diesem Zweck erstellt. Der Ersteller will die Software nicht selber nutzen, sondern sie ist ein Mittel damit Profit zu erwirtschaften. Damit erhält solche Software Warencharakter. Sie ist aber im eigentlichen Sinn keine Ware; das ist hingegen der Datenträger, auf dem sie verkauft wird. Letzterer ist aber gegenüber der Software, selbst, mehr oder minder wertlos. Aus dieser Diskrepanz entsteht erst das Problem des unautorisierten Kopierens.

Ein Software-Hersteller wird den Schaden durch eine unautorisierte Kopie in der Höhe des Gewinnes ansetzen, den er beim regulären Verkauf erwirtschaftet hätte. Diese Schadenshöhe ist aber nur dann real, wenn der Kopierer, hätte er die Software nicht kopieren können, selbige gekauft hätte, anderenfalls bleibt der Schaden virtuell. In der Realität dürfte sich das häufig so darstellen: Jemand besorgt sich schwarz ein Office-Paket um damit Briefe zu erstellen oder

■ Von Georg Kirschbaum

einen Terminkalender. Die selbe Person hätte das Office-Paket nie für ein paar hundert Euro gekauft, sondern stattdessen die beschriebenen Tätigkeiten eher per Hand erledigt. In diesem Fall ist dem Software-Hersteller tatsächlich überhaupt kein Gewinn entgangen.

Einige Gruppierungen argumentieren analog dafür, dass Privatpersonen Software beliebig kopieren dürfen. Dazu müsste man allerdings voraussetzen können, dass der wesentliche Umsatz im kommerziellen Bereich erfolgt. Bei einigen Softwarepaketen trifft das sicher zu und einige Hersteller bieten von sich aus ihre Software für den nicht kommerziellen Gebrauch zum freien Download an, z.B. Cadsoft das Eagle-Paket zum Entwurf von Schaltungen und deren Entflechtung. Es gibt aber auch rein konsumentenorientierte Software. Dazu zählen, im Lowcostbereich, Spiele aber auch nautische Navigationsprogramme, die alles andere als lowcost sind. Könnte man solche Programme kostenfrei kopieren, gäbe es keinen Anlass sie zu erstellen.

Unter der Überschrift „privates Kopieren“ möchte ich zusammen fassen:

- Das unautorisierte Kopieren erfolgt häufig ohne Unrechtsbewusstsein. Nichtzuletzt werden Lowcostprogramme von Kindern oder Jugendlichen ohne Wissen der Eltern vervielfältigt.
- Der dem Hersteller der Software tatsächlich entstandene Schaden ist im Regelfall deutlich niedriger als vom Hersteller behauptet. Die wirtschaftlichen Folgen für die Betroffenen sind unkalkulierbar hoch.
- Kostenfreies Kopieren kann nicht pauschal erlaubt sein. Da Software warenähnlichen Charakter hat, würde dadurch der primäre Antrieb, solche zu erstellen, entfallen.

Fazit:

Die SPD-Erlangen beauftragt die Bundestagsfraktion einen Gesetzgebungsinitiative im Bundestag einzubringen, dass die nicht kommerzielle unautorisierte Vervielfältigung von Software auf eine Haftungshöhe des dreifachen Kaufpreises des vervielfältigten Pakets beschränkt bleibt.

Vertreibt die Räuber aus dem Internet!

Wer neues, erst frisch entdecktes Land betritt, trifft gerne mal auf Räuber und Wegelagerer. Nicht anders ist es mit dem technischen Neuland Internet.

Kaum ein Netznutzer, der nicht schon einmal von einem Abofallensteller behelligt worden wäre. Die Abofalle ist eigentlich recht ungefährlich, da diese rechtlich gar nicht zuschnappen kann. Das Verbraucherrecht schützt den Netzbürger gegen den Abschluss ungewollter Verträge. Dennoch gibt es eine ganze Industrie von Betrügern, die im Wissen um die fehlende Berechtigung diese unwirksamen Forderungen mit Hilfe von Inkassounternehmen und unsauberen Anwälten, RA Olaf Tank sei hier namentlich genannt, aggressiv anmahnen.

Das illegale Downloaden von Musik durch Teenager führt auch nicht mehr zu absurden Rechtsanwaltsfor-

derungen. Der Gesetzgeber hat die Erstattungsfähigkeit in einfach gelagerten Fällen in §97a Abs. 2 UrhG auf 100 EUR beschränkt. Nichts desto trotz schickt die Musikindustrie betrügerische Rechtsanwälte los, die in Kenntnis der Nichtberechtigung Beträge von teils mehr als 1.200 EUR fordern.

Viele Opfer vertrauen in den schönen Anwaltstitel und den schönen Briefkopf und überweisen den Verbrechern die geforderte Beute.

Wir brauchen keinen besseren Verbraucherschutz und keine schärferen Strafgesetze gegen gewerbsmäßigen Betrug. Der Strafrahmen des gewerbsmäßigen Betruges reicht bis zu 10 Jahre Freiheitsstrafe. Allerdings werden die Täter fast nie verfolgt, da es sich in den meisten Fällen um kleinere Summen handelt, die Täter sich wechsell-

■ **Von Dirk Goldenstein**
stellvertretender Vorsitzender der SPD Erlangen



der Tarnfirmen in Abu Dhabi oder sonst wo bedienen. Das macht die Verfolgung für die Staatsanwaltschaften aufwendig und wenig ergiebig. Zudem hofft jeder darauf, dass ein Staatsanwalt in einem anderen Bezirk sich diese Arbeit antut. Wir brauchen daher eine gesonderte zentrale Staatsanwaltschaft für Internetkriminalität und entsprechende Polizeieinheiten, die auf diese Art von Ermittlungen spezialisiert sind. Wir brauchen nicht mehr Überwachung, sondern mehr Ermittlungen um das Netz von diesem Räuberpack zu befreien!

Anonymität: Verbrechen oder Grundrecht?

Anonymität: der Sachverhalt, wenn eine Person, eine Gruppe, eine Institution oder eine agierende Struktur nicht identifiziert werden kann.

Pseudonymität: das Benutzen eines fingierten Namens oder Kürzels, durch das die Identität verborgen wird.

Das Wort Anonymität ruft im heutigen Kontext meist negative Konnotationen auf. Wenn jemand den Wunsch äußert, anonym zu bleiben, wird ihm schnell unterstellt illegales vorzuhaben. Dabei wird oft vergessen, dass Anonymität im Alltag ganz normal ist und man sich nur selten freiwillig oder aufgrund des Gesetzes identifiziert.

Zum Beispiel würde beim Einkaufen im Supermarkt niemand auf die Idee kommen vor dem Zahlen Namen, Herkunft und Geburtstag anzugeben. In einigen Fällen ist Anonymität sogar ein entscheidender Schutz, z.B. bei der Seelsorge oder bei Drogenhilfestellen. Per Gesetz müssen wir uns nur bei befugten Behörden, wie z.B. der Polizei, identifizieren. Auch in der Gesellschaft gibt es Situationen, in denen eine Aufhebung der Anonymität zuträglich ist, wie bei dem Abschließen eines Vertrages oder in der Schule, in der Leistung bewertet wird.

Von solchen Situationen abgesehen ist die Anonymität außerhalb des Internets also nicht nur der Normalzustand, sie schützt auch vor neugierigen Dritten, die z.B. zu Werbezwecken gerne unsere Hobbys und Interessen oder vor Geschäftsabschlüssen unsere Kreditwürdigkeit kennen würden.

Im Internet jedoch ist Anonymität die Ausnahme. Beim Einwählen in das Internet wird jedem informationellen

■ **Von Michael Prinzinger**

Beobachtung jedoch hemmt wichtige Grundpfeiler der Demokratie, wie die Meinungsfreiheit und das Recht auf persönliche Selbstentfaltung. Deshalb wurde das Grundrecht auf Privatsphäre von den Bundesverfassungsrichtern mehrmals ausgeweitet (z.B. durch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung). Aus diesem Grund forschen Datenschutzbeauftragte, Universitäten und andere an Möglichkeiten Anonymität auch im Internet zu gewährleisten. Denn der beste Schutz der Privatsphäre im Internet ist es sensible Daten zu anonymisieren.

Technisch funktioniert dies so: Anstatt direkt mit einem Zielcomputer zu kommunizieren, kommuniziert man über eine variable Anzahl von Zwischencomputern (sogenannte Knoten). Diese Knoten leiten die Kommunikation verschlüsselt weiter, sehen dabei aber nur woher die Daten kommen (voriger Knoten) und wohin sie weitergeleitet werden sollen (nächster Knoten). Die Knoten kennen dadurch weder den Sender noch den letztendlichen Empfänger der Nachricht. Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen verhindern, dass eine Nachricht über mehr als einen Knoten



Bild: Marko Greitschus / pixelio.de

Gerät (Computer, Handy, etc.) eine eindeutige Adresse zugewiesen (genannt IP-Adresse). Obwohl diese Adresse dynamisch, d.h. variierend ist, können Aktivitäten im Internet anhand von IP-Adresse und Zeit eindeutig auf ein Gerät zurückverfolgt werden.

Dadurch ist man im Internet ständig beobachtet. Ein Gefühl der ständigen

zurückverfolgt werden kann.

Dieses Verfahren macht es möglichen Angreifern daher sehr schwer die Identität des Senders oder Empfängers herauszufinden. Damit ist sowohl der Inhalt der Kommunikation (s.a. Fernmeldegeheimnis) sowie die dabei anfallenden Daten (s.a. informationelle Selbstbestimmung) vor Missbrauch geschützt. Beispiele für solche Verfahren sind: Tor, JAP, I2P oder Phantom (letzteres wird derzeit in Erlangen entwickelt).

Solche Verfahren können die Grundrechte auch im Internet schützen. In Fällen, in denen Anonymität der Gesellschaft schädlich ist, kann als weiteres Verfahren die verwandte Pseudonymität (vgl. Pseudonym) angewandt werden. Dabei wird statt dem echten Namen ein Pseudonym (d.h. ein Kürzel oder eine Zahlenfolge) verwendet. Unter diesem Pseudonym können dann z.B. Käufe getätigt werden, ohne dabei die eigene Identität offenbaren zu müssen (z.B. Kondomkauf im Internet). Wird jedoch unter der Verwendung eines Pseudonyms eine Straftat begangen (z.B. öffentliche Verleumdung) kann das Pseudonym von befugter Stelle auf die Identität zurückverfolgt werden. Im Normalfall schützt es jedoch die eigenen Daten, z.B. was man bei einem Internethändler gekauft hat, vor dem Zugriff unbefugter Dritter. Wichtig hierbei ist jedoch, dass Daten, welche das Pseudonym auf die Identität zurückführen können, verantwortungsvoll und gut gesichert aufbewahrt werden müssen.

Wie im ersten Teil erklärt, kann solch ein Verfahren nur in Verbindung mit anonymisierender Technik als sicher gelten, da auch bei einer Verwendung eines Pseudonyms die IP-Adresse noch immer direkte Rückschlüsse auf die Identität ermöglicht. Die Verbindung beider Techniken jedoch erlaubt einen umfassenden Schutz der Persönlichkeitsrechte, ohne dabei die Rechte anderer einzuschränken.

Zu einer Durchsetzung dieser Techniken in der Gesellschaft bedarf es jedoch einer rechtlichen Grundlage (Recht auf Anonymität), einer Förderung der Forschung in dem Gebiet, sowie vor allem der Aufklärung und Schulung der Menschen im Umgang mit persönlichen Daten (auch bereits im Schulunterricht).

Grenzen der Anonymität im Internet: Kampf mit offenem Visier statt Heckenschützentum

Die Anonymität im Internet und die Freiheit von staatlicher oder privater Überwachung sind ein hohes Gut. Wer sich im Netz bewegt, gibt dabei sehr viel über sich Preis – wenn die Bewegungen gespeichert und nachvollzogen werden, ist die Privatsphäre und die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung beschnitten. Wer einem anderen eine Email schreibt, dem sollte rechtlich der gleiche Schutz und die gleiche Vertraulichkeit garantiert sein, wie dem Schreiber eines klassischen Briefes.

Jedoch werden leider auch immer wieder Menschen im Internet durch Schmähungen oder die Behauptung

■ **Von Dirk Goldenstein**
stellvertretender Vorsitzender der SPD Erlangen



anonym oder über Tarnadressen im Ausland Seiten betreibt, schafft damit einen „Unterstand für Heckenschützen“ und gefährdet dadurch andere Menschen. Wir fordern daher, dass das Bereithalten von Informationen ohne Impressum eine Straftat sein muss.

Früher gab es eine klare Grenze zwischen dem „kleinen Briefeschreiber“ (auch wenn er fleißig und umfangreich korrespondierte) und der Presse oder gar dem Rundfunk. Diese Grenze bestand schon allein aufgrund der sehr hohen technischen Investitionen die für den Betrieb von Presse und noch mehr von Rundfunk erforderlich waren und sind. Mit dem Internet gibt es nunmehr die Möglichkeit, Informationen an eine unbeschränkte



Bild: Peter Kirchhoff / pixelio.de

unwahrer und ehrenrühriger Tatsachen verletzt oder deren Recht auf Privatheit durch das Ausstellen privater, oft intimer Bilder und ähnlicher Dokumente tief getroffen. Die Anonymität darf nicht dazu führen, dass das Persönlichkeitsrecht durch verummte Heckenschützen zerschossen wird. Jedoch kann man sich (notfalls gerichtlich) nur wehren, wenn man weiß, wer einem da Unrecht tut.

Das heißt nicht, dass jeder Autor in einem Forum und jeder Uploader von Bildern usw. seine Identität für alle sichtbar machen muss. Aber es muss für jeden Ort im Netz einen Verantwortlichen geben, der verletzende Daten entfernen kann. Diese Ansprechbarkeit wird durch die Pflicht, ein Impressum zu veröffentlichen, gewährleistet. Wer an-

Vielzahl von anderen Menschen zu verbreiten, ohne dafür auch nur einen Cent ausgeben zu müssen. Wir sehen hierin eine große Chance für die Meinungsäußerungsfreiheit, aber auch eine Gefahr für die Persönlichkeitsrechte anderer. Der Angriff eines unsichtbaren Gegners ist bedrohlicher als der eines sichtbaren Feindes. Wir empfinden daher eine Verunglimpfung oder Persönlichkeitsrechtsverletzung, die unter bewusster Ausnutzung der Anonymität geschieht, als besonders schlimm und fordern daher die Pflicht zur Offenheit beim Angriff auf andere Menschen und eine empfindliche Strafe bei der Verletzung dieser Pflicht. Das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung umfasst nicht das Recht, dies anonym zu tun.

Gebt uns eine Kulturflatrate – oder wir holen sie uns!

Musik ist im Internet in Windeseile heruntergeladen. Mit ein paar Klicks hat man das Gesamtwerk seines Liebeskünstlers, seines Zweitliebstenkünstlers, des Lieblingskünstlers der Liebsten und von einem Künstler, den man eigentlich gar nicht mag, auf seinen Rechner gezogen, auf den MP3-Player verschoben und auf eine CD gebrannt. Das Laden und Tauschen von Musik ist auch nicht mehr auf junge Technikgenies beschränkt, sondern ein Volkssport geworden. Digitale Musik wird faktisch als Gemeingut angesehen. Bezahlt wird hierfür im seltensten Fall – wie auch: Die eine LP die man sich früher im Monat zugelegt hat, war auch aus einem Durchschnittstaschengeld zu finanzieren. Die 3.000 Songs auf dem USB-Stick des Mitschülers oder Inhabers des Nachbarlehrstuhls legal zu kaufen, überfordert auch einen Spitzenverdiener.

Sicherlich wird niemand meinen, dass wir alle – sozialdemokratischer Bildungspolitik sei Dank – ein solches Kulturvolk geworden sind, dass wir alle plötzlich das Zehn- bis Hundertfache für Musik ausgeben wollten oder auch nur könnten wie in vordigitaler Zeit. Wenn aber gar nicht mehr gezahlt wird, gehen die Künstler und Berufsmusiker (die übrigens nicht sämtlich in Kalifornien leben und Bentley fahren – einige davon radeln durch Erlangen!) leer aus. Wenn das so weiter geht, macht irgendwann keiner mehr Musik. Was auch schade wäre.

Wir können wir das Problem lösen? Es wäre zu schade, die durch die Technik entstandene Chance, als Privatmann fürstliche Musikbibliotheken zu besitzen, aufzugeben. Andererseits wäre es auch ein Jammer, die Musiker faktisch zu enteignen und damit letztlich zu verfolgen. Die Lösung kann nur in einem für beide Seiten fairen Bezahlssystem liegen – und das kann kaum ein am einzelnen Download orientiertes Tarifsysteem sein. Ein ähnliches Problem hat grundsätzlich schon immer, wer eine Party machen und Musik spielen will. Eigentlich müsste er jeden Künstler vorher um Erlaubnis bitten und ihm einen entsprechenden Obolus zahlen – eine zwar komische,

aber kaum praktikable Lösung. Hierfür hat man die GEMA als Verwertungsgemeinschaft geschaffen, bei der das Recht zur Musikaufführung pauschal erworben wird und die Einnahmen dann nach einem Wahrscheinlichkeitsmaßstab auf die Künstler verteilt werden. Im Bereich der Texte wird beim Verkauf eines jeden Kopierers und jeder Tonerkartusche eine „Urheberrechtsabgabe“ erhoben, die ebenfalls nach einem Verteilungsschlüssel an die Hersteller literarischer Werke verteilt wird.

Eine ähnliche Lösung brauchen wir auch für Musik, Bilder und Texte aus dem Internet: Gegen Zahlung einer Grundgebühr sollte der Musikkonsum legal sein. Wie genau eine solche Flatrate umgesetzt wird, sollte Sache der

■ **Von Dirk Goldenstein**
stellvertretender Vorsitzender der SPD Erlangen



Betroffenen, sprich vor allem: der Musikindustrie und der Rechteinhaber, sein. Damit die sich aber auch einigen und eine vernünftige Lösung schaffen, sollte die Politik die Grundanforderungen an die Flatrate formulieren und deutlich machen, dass wir bereit sind, den zeitbesten Weg (gesetzliche Regelung – letztlich eine Teilenteignung der Urheber) zu gehen, wenn der beste Weg (die freiwillige Einrichtung einer funktionierenden Flatrate) nicht bald gegangen wird.

Kulturflatrate – Kultur für alle

Internetnutzerinnen und -nutzer sind es gewohnt, Inhalte aus dem Internet in der Regel kostenlos zu beziehen. Bei den meisten Angeboten wie z.B. bei Nachrichten etc. ist dies in der Regel legal, da die Urheber üblicherweise die Rechte freigeben. Bei Musik und Filmen sowie häufig auch Bildern ist es hingegen normalerweise illegal. Diese Grenze ist den

■ **Von Andreas Richter**
Friedensbeauftragter im SPD-Kreisvorstand



Angewandten an sich bestehende Gesetze ist in einem Rechtsstaat, der auf die Akzeptanz der festgelegten Regelungen angewiesen ist, auf lange Sicht problematisch.

Eine weitere Ursache für das Ignorieren der bestehenden Urheberrechte liegt auch darin, dass die existierenden Angebote der Musik- und Filmindustrie, insbesondere in Form der Medien CD und DVD als zu teuer angesehen werden. Hier spielt insbesondere der Vergleich zu den legalen, kostenlosen Angeboten im Internet eine Rolle. Im Musikbereich ist es zudem so, dass immer mehr KünstlerInnen dazu übergehen, ihre Titel legal zum kostenlosen Download anzubieten. Der Widerspruch zum Preis einer CD um 10-17 € befördert die Inakzeptanz der bestehenden Urheberrechte.

Um diese Probleme zu lösen, bietet sich die Idee einer Kulturflatrate (KFR) an. Mit diesem Modell sollen die Kreativen – im Sinne des Urheberrechts – für ihre geistige Arbeit die Entlohnung bekommen, die ihnen bislang durch die nicht vergütete (illegale) Nutzung ihrer Inhalte vorenthalten wird.



Bild: Rainer Sturm / pixelio.de

meisten NutzerInnen zwar bekannt, sie wird aber im Alltag sehr häufig als unnatürlich bzw. willkürlich angesehen und ignoriert. Dieses Verhalten ist auch insbesondere dadurch bedingt, dass eine Strafverfolgung extrem unwahrscheinlich ist und das (illegale) Handeln fast immer ohne Folgen für die/den Downloadenden bleibt.

Dieses regelmäßige und andauernde Verstoßen eines Großteils der Bevölke-

Haftung für unzureichend gesicherte WLAN-Anschlüsse

In der Praxis würde ein solches Modell ähnlich zur existierenden GEMA, die die Entlohnung von KünstlerInnen für die öffentliche Wiedergabe ihrer Werke organisiert, umgesetzt werden können. Wie bei der GEMA würden die KünstlerInnen entsprechend der Anzahl der Nutzung ihrer Inhalte entlohnt werden. Die Ermittlung dieser Anzahl kann und muss (!) unter Berücksichtigung des Datenschutzes erfolgen. Eine entsprechende Verwertungsgesellschaft würde für jeden Internet-Anschluss von den Internet Service Providern für jeden Breitband-Internetanschluss einen Beitrag verlangen. Diesen können die Provider dann an ihre KundInnen weitergeben.

Unter den meisten KFR-BefürworterInnen gelten 10 € pro Monat als Obergrenze für einen solchen Beitrag. In der Diskussion ist auch, zusätzlich geringe Aufschläge auf Hardware-Komponenten wie CD-Rohlinge, -Brenner etc., wie sie bereits für die Privatkopie-Schrankenregelung existieren, einzuführen. Für sozial Benachteiligte wie Arbeitslose, Sozialhilfe-, Wohngeld-, Altersgrundsicherungs- oder BaFöG-EmpfängerInnen muss eine Befreiung von diesem Beitrag analog wie bei der GEZ erfolgen.

Mit der Kulturflatrate kann somit sowohl das berechnete Interesse der KünstlerInnen an einer Vergütung ihrer geistigen Arbeit wie das Interesse der BürgerInnen an einem Zugang zur Kultur als unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft durch für alle (auch aufgrund der Befreiungen) finanziell leistbare Beiträge gewährleistet werden.

Wenn entschiedene und absolute GegnerInnen der Kulturflatrate wie die FDP die Position von SPD und Grünen auf Prüfung einer Kulturflatrate als „Kultur-Sozialismus“ (FDP-Kulturexperte Otto) ablehnen, outen sie sich selbst als Parteigänger allein der Musikindustrie. Natürlich würde mit einer Kulturflatrate ein Stück mehr Sozialismus in unserer Gesellschaft eingeführt. Dies ist – auch in anderen Bereichen – durchaus dringend notwendig. Die Kulturschaffenden benötigen eine Entlohnung gemäß ihrer Leistung, die Konsumierenden einen Zugang gemäß ihren Bedürfnissen. Wenn man dies als Teil der Idee des demokratischen Sozialismus im Sinne des Grundsatzprogramms der SPD begreift, ist dies vollkommen richtig.

Der erst kürzlich vom Bundesgerichtshof entschiedene Fall zur Haftung für den eigenen WLAN Anschluss hat großes Aufsehen erregt. Geklagt hatte die Inhaberin der Rechte an dem Musiktitel „Sommer unseres Lebens“. Dieser Titel war von einem Fremden über das WLAN des Beklagten auf einer Tauschbörse im Jahr 2006 angeboten und von anderen herunter geladen worden. Mit Hilfe der Staatsanwaltschaft hatte die Klägerin den Internetanschluss des Beklagten als „Ursprungsort“ ausfindig gemacht. Daraufhin war der Beklagte abgemahnt

■ Von Constanze Scheler

So war zu dem Zeitpunkt, als der Beklagte den Router erwarb und den Anschluss installierte durchaus üblich, die Standardeinstellungen zu ändern und ein persönliches, ausreichend langes und sicheres Passwort festzulegen.

Jedem Benutzer eines WLAN-Anschlusses seien nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes diese Sicherheitseinstellungen zumutbar, da sie außerdem einfach und kostenfrei einzurichten seien und dem Eigeninteresse des Nutzers dienen. Eine darüber hinausgehende Sicherung des Anschlusses sei nicht notwendig. Auch eine stete Anpassung der Sicherungsmaßnahmen könne wohl nicht verlangt werden, wohl aber die zum Zeitpunkt der Installation marktüblichen Sicherungen.

Der Beklagte haftete jedoch nur auf die Unterlassung und die Kosten der Abmahnung, welche sich aufgrund der Gesetzesänderung 2008 gemäß § 9 a UrhG auf 100 € beschränkt. So auch hier. Eine Verpflichtung zum Schadensersatz besteht nicht. Dies käme nur dann in Betracht, wenn der Inhaber des Anschlusses auch als Täter oder Mittäter/Gehilfe der Urheberrechtsverletzung in Betracht käme. Eine Täterschaft war aufgrund des Urlaubs des Beklagten auszuschließen und für eine Gehilfenhaftung fehlte es unstreitig am Vorsatz. Dies wird jedoch wohl nur für die erste Urheberrechtsverletzung gelten, da man dann, wenn man von der Benutzung des eigenen Anschlusses durch Unberechtigte weiß, ein billiges Inkaufnehmen annehmen könnte. Es ist also weiterhin Vorsicht mit geboten.



Bild: tommyS / pixelio.de

worden. Die Klägerin hatte ihn darauf in Anspruch genommen, das Anbieten des Titels auf sog. Tauschbörsen zu unterlassen. Außerdem sollte er Schadensersatz leisten und die Kosten der Abmahnung zahlen. Der Beklagte war zu dem Zeitpunkt, zu welchem der Titel angeboten worden war, nachweislich aber im Urlaub gewesen und konnte so den Titel also nicht selbst angeboten haben.

Der BGH hat nun entschieden, dass der Beklagte als Eigentümer des Anschlusses zwar nicht für den Schadensersatz aufzukommen hat, wohl aber auf Unterlassen und die Kosten der Abmahnung in Anspruch genommen werden kann. Der BGH führt hierzu aus, dass der Eigentümer eines WLAN Anschlusses dafür zu sorgen hat, dass der Internetanschluss ausreichend gesichert ist. Dabei werden ausschließlich kostenfreie und übliche Sicherungsmittel verlangt.

Impressionen vom Geburtstags- empfang für Wolfgang Vogel

An die 300 Gäste konnte Wolfgang Vogel beim Empfang begrüßen, den die Erlanger SPD mit ihm gemeinsam aus Anlass seines 60. Geburtstages ausrichtete. Im voll besetzten Festzelt bei „Güthleins“ in Büchenbach würdigten Dieter Rosner, Dr. Florian Janik und Hildegard Gröger die Arbeit unseres Stadtrats, ehemaligen Landtagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden.



Ein Kick auch für die Kinderrechte

WM wirft Schlaglicht auf Situation der Kinder in Afrika

„Die Fußball-WM ist eine große Chance, dass auch Afrikas Kindern weltweite Aufmerksamkeit zuteil wird. Gerade auf diesem Kontinent müssen die Kinderrechte dringend verbessert werden, wenn wir Hunger, Kindersterblichkeit und Kinderarbeit bekämpfen und die Hoffnung auf stabile gesellschaftliche Verhältnisse unterstützen wollen.“

Marlene Rupprecht, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Tuchenbach (Wahlkreis Fürth) und Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, hofft darauf, dass der Anstoß zu dem Sportereignis auch den Anliegen der Kinder in Südafrika und seinen Nachbarländern einen „Kick“ geben wird.

HIV-Waisenkinder oft ohne Lebensperspektive

Nach aktuellen Zahlen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, UNICEF, konnte zwar die Kindersterblichkeit im nördlichen Afrika, beispielsweise in Ägypten, Marokko oder Tunesien, um 40% reduziert werden und auch die Marnsterblichkeit sank von 2000 bis 2006 um 90%. Dennoch betreffen fast die Hälfte aller Todesfälle von Kindern und Müttern und sogar 70% der HIV-Infizierten weltweit nach wie vor den afrikanischen Kontinent, obwohl er bevölkerungsmäßig nur einen Anteil von 15% hat.

Wie Marlene Rupprecht von einem Besuch in Uganda als Mitglied der Kinderkommission des Deutschen Bundestags weiß, „haben gerade die vielen HIV-Waisenkinder ganz schlechte Lebensperspektiven, weil sie in den Großfamilien als zusätzliche Belastung empfunden werden und kaum Chancen auf eine ordentliche Schulbildung haben.“ Diese Situation werde durch die häufig auftretenden Naturkatastrophen und Bürgerkriege in der Region noch verschärft.

Ausbeutung von Kindern ächten und Bildung ermöglichen

Deshalb tritt die SPD-Kinderbeauftragte dafür ein, dass die Industrieländer das Leid der Kinder Afrikas nicht ignorieren: „Jedes dritte Kind in Afrika zwischen 5 und 14 Jahren muss arbeiten, um den Lebensunterhalt der Familien zu sichern. Wirkungsvolle Hilfe zur Selbsthilfe muss deshalb den Lebensstandard

der Familien verbessern und Mittel finden, um die Bildung zu verbessern.“

Eine UNICEF-Aktion, die vielerorts in Deutschland während der Fußball-WM unter dem Motto „Gib ab! Deine Stimme für Schulen für Afrika“ das Recht auf Bildung für Afrikas Kinder einfordert, wird von Marlene Rupprecht gerne unterstützt.

Sensibilität für Belange von Kindern weltweit nötig

Kinderarbeit und sexuelle Ausbeutung von Kindern im Umfeld von Großveranstaltungen sind auch bei der Fußball-WM aktuelle Themen: Laut Berichten stand sogar die Produktion des WM-Maskottchens „Zakumi“ in einer chinesischen Fabrik unter dem Verdacht zweifelhafter Arbeitsbedingungen inklusive Hungerlöhnen und Kinderar-

■ **Von Marlene Rupprecht**
Betreuungsabgeordnete für den Bundestagswahlkreis Erlangen



beit. Ende Mai startete zudem eine Aufklärungskampagne „Rote Karte gegen sexuelle Ausbeutung“. Führende Hotels und Mietwagenunternehmen beteiligen sich daran.

Marlene Rupprecht hält die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber Kinderarbeit und sexueller Ausbeutung von Kindern für eine wertvolle Waffe: „Wenn sich Touristen und Konsumenten bei der Fußball-WM sensibel und wachsam verhalten, kann dieses gute Vorbild weit über die Zeit der Fußball-WM hinaus wirksam sein.“

Investieren in eine zukunftsfähige Wirtschaft Regionalausschuss verabschiedet Stellungnahme von Kerstin Westphal

Der Regionalausschuss des Europaparlaments hat fast einstimmig eine Stellungnahme der fränkischen SPD-Europaabgeordneten Kerstin Westphal angenommen, in der es um das Jobpotenzial einer neuen, zukunftsfähigen Wirtschaft geht. Kerstin Westphal dazu:

„Mir geht es dabei vor allem um eine bessere Ausbildung von jungen Menschen, denn die Jugend von heute wird neue, andere Arbeitsplätze haben als wir heutzutage. Wir ermutigen die Regionen, schon jetzt gute Rahmenbedingungen zu schaffen und zum Beispiel in zukunftsfähige Bildungs-Infrastruktur zu investieren.“

Meine Stellungnahme beinhaltet außerdem die Themen ÖPNV und städtische Mobilität. Je mobiler die Menschen in Zukunft sind, desto besser sind ihre Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Dafür müssen wir vor allem moderne, grüne Transportmittel fördern.

Insgesamt betont der Ausschuss in seiner Stellungnahme, wie wichtig die Entwicklung einer ökologischen Wirtschaft ist. In Zeiten des Klimawandels haben lokale und regionale Gebietskör-

■ **Von Kerstin Westphal**
Mitglied des Europäischen Parlaments

perschaften eine zentrale Rolle beim Wandel zu mehr Nachhaltigkeit. Die europäischen Fördermittel können dabei doppelt helfen: Mit dem Geld können wir den Klimawandel bekämpfen, und gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern Aussichten auf neue wirtschaftliche Möglichkeiten zu eröffnen.

Die Stellungnahme fordert schließlich öffentliche und private Stellen dazu auf, EU-Gelder auch zur Förderung des Unternehmertums bei jungen Menschen zu nutzen. Darüber hinaus kann der Europäische Sozialfonds auch dazu genutzt werden, jungen Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, Berufsberatung anzubieten.

Wir müssen zusehen, dass die Städte und Regionen Initiativen für neue, zukunftsfähige Arbeitskräfte ergreifen – die europäische Politik wird sie dabei unterstützen!“

tionsvertrag zynisch, dass doch die Arbeitslosengeld-II-Empfänger dadurch Energie sparen können!)

- Das Elterngeld wird abgesenkt und für Arbeitslose ganz gestrichen: Damit legt Schwarz-Gelb den Rückwärtsgang in der Familienpolitik ein.
- Öffentlicher Dienst: Mehr als 10.000 Stellen werden dauerhaft gestrichen!

Die Vermögenden und Besserverdienenden müssen keinen Beitrag zur gesellschaftlichen Anstrengung der Haushaltskonsolidierung leisten. Das Paket der Bundesregierung enthält keinen einzigen Vorschlag für eine stärkere Besteuerung von Spitzenverdienern, großer Erbschaften oder Millionen-Vermögen. Und das, obwohl Deutschland in der Vermögensbesteuerung bereits heute deutlich hinter anderen Ländern wie den USA, Großbritannien oder Frankreich hinterherhinkt.

Unsere Alternative: Das Gemeinwohl schützen durch einen fairen Lastenausgleich

Um das Gemeinwohl zu sichern, brauchen wir einen echten Beitrag der starken Schultern in der Gesellschaft zur Bewältigung der Lasten der Krise. Die Vorschläge der SPD liegen auf dem Tisch und sind berechnet:

- Eine Finanzmarkttransaktionssteuer: 14 bis 30 Mrd. Euro je nach Ausgestaltung.
- Rücknahme der Steuersenkungen für Hoteliers und Gutbetuchte: 3,5 Mrd. Euro.
- Gerechtere Besteuerung großer Vermögen: mindestens 10 Milliarden Euro.
- Ein höherer Spitzensteuersatz: bis zu sieben Milliarden Euro.
- Ein flächendeckender Mindestlohn von 7,50 Euro: Er würde 1,5 Mrd. Euro weniger Ausgaben bedeuten, wenn der Staat Dumpinglöhne nicht mehr mitfinanzieren müsste.

Die SPD zeigt mit diesen Vorschläge: Es gibt einen sozial gerechten und wirtschaftlich vernünftigen Weg für unser Land.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Deutschland den sozial gerechten Weg aus der Krise findet!

Politisches Sonntagsfrühstück Einladung von Angelika Weikert

Liebe Genossinnen und Genossen, auch dieses Jahr lade ich wieder ganz herzlich zu meinem nun schon traditionellen Sonntagsfrühstück ein

**am 01. August von 10.30
bis 13.00 Uhr Gaststätte
Gutmann am Dutzend-
teich, Bayernstr. 150
(Nürnberg)**

Gast ist meine Kollegin Inge Aures, die für die SPD im Landesbank-Untersuchungsausschuss sitzt und für klare und schonungslose Aufklärung steht. Inge Aures zum Kauf der HGAA: „Mit so einem Vertrag kauft man nicht einmal ein gebrauchtes Auto, aber schon gar keine Bank!“ Es verspricht, ein interessanter Vormittag zu werden.

Herzliche Grüße
Angelika Weikert



Neues Bürgerbüro von Angelika Weikert

Seit kurzem gibt es im August-Bebel-Haus wieder ein Abgeordneten-Büro. Unsere Betreuungs-Landtagsabgeordnete Angelika Weikert hat zusätzlich zu ihrem Büro in Nürnberg dort ein Bürgerbüro eingerichtet.

Betreut wird das Büro von Sylvia Rhau (Foto). Ihr erreicht sie persönlich jeweils Montags bis Freitag am Vormittag oder per e-Mail an Erlangen@Angelika-Weikert.de.



Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel
September 2010
20.08.2010

Aufruf zur Solidarität mit einer alten Dame

Viele, wenn nicht Alle unter Euch wissen, die alte Dame im Anger, wie die ERBA-Villa anlässlich ihrer 25-jährigen Nutzung als Bürgertreff genannt wurde, braucht unsere Unterstützung, um weiter ihre Kinder beherbergen zu können. Die Gebäudeverwaltung der Stadt muss zumindest den Anforderungen an Brandschutz und Statik nachkommen oder andernfalls das Gebäude schließen.

Zunächst stand die gewaltige Summe von 1,6 Mio € an Sanierungskosten im Raum. Wir haben aber zumindest dazu beigetragen, dass mittlerweile niedrigere, wenn auch immer noch hohe sechsstelligen Beträge gehandelt werden. Im Stadtrat haben dann einige von Euch am 19. Mai dafür gesorgt, dass sich die CSU mit ihrem Plan, die Villa zu verscherbeln, obwohl eine schrittweise Sanierung realistisch finanzierbar ist, nicht durchsetzen konnte. Dafür sage ich Euch meinen persönlichen und den herzlichen Dank aller in der Villa beheimateten Gruppen, Initiativen und Menschen.

Der Beschluss des Stadtrats hatte aber auch einen gewissen Preis. Den Förderverein der Villa, zu dessen Vorstand ich zähle, kostet er exakt 20.000,-€. Das ist der Anteil, den die Mitglieder des Vereins und die Nutzer der Villa zugesagt haben, selbst aufzubringen, um die Kosten der ersten, unabdingbaren Sanierungsmaßnahmen

tragen zu helfen. Die Sanierung wird im Oktober beginnen. Sie wird in ihrem ersten Schritt ca. 170.000,- € kosten. Weitere Investitionen in den Folgejahren sind absehbar.

Zur Finanzierung des Beitrags werden die Mitglieder des Fördervereins und Nutzer der Villa möglichst viele Eigenleistungen in die Bauphase erbringen. Das reicht aber nicht aus, um die



zugesagten 20.000,-€ aufzuwiegen. Notwendig ist schlicht und einfach zusätzliches Geld. Der „Förderverein ERBA-Villa und Angertreff“ hat daher seine Satzung geändert. Damit Mitgliedsbeiträge und Spenden an den Verein zum Zweck des Erhalts der Villa künftig steuerlich absetzbar sind, haben

■ **Von Gerd Worm**
Vorsitzender des Distrikts Anger



wir eine Erweiterung des Vereinszwecks um den Erhalt des Baudenkmals ERBA-Villa vorgenommen. Nach der neuen Satzung ist neben der aktiven auch eine rein fördernde Mitgliedschaft möglich. Fördernde Mitglieder bringen sich nicht durch eigene Arbeitsleistung zum Erhalt der Villa, sondern allein durch ihren Mitgliedsbeitrag und ggf. ergänzende Spenden ein.

Spätestens jetzt müsstet Ihr gemerkt haben, worauf ich hinaus will! Dennoch noch einmal deutlich: Ich möchte Euch herzlich bitten, den Erhalt der Villa mit schnödem Kapital oder Euerem Beitritt zum Förderverein zu unterstützen. Euer Beitrag als fördernde Mitglieder beträgt nicht mehr als 20,-€ (gerne freiwillig mehr) pro Jahr. Sollte sich unter Euch oder in Euerem Bekanntenkreis (Selbstverständlich sollt Ihr aus der Angelegenheit ohnehin kein Geheimnis machen!) überraschend ein tat- und finanzkräftiges Bauunternehmen befinden, ist sie, er oder es natürlich auch als aktives Mitglied mit seiner „Eigenleistung“ willkommen. Allein die Tatsache, dass wir mit jedem Beitritt im Unterstützerkreis der Villa weitere engagierte Namen anführen könnten, hilft uns. Zeigt Euch also bitte solidarisch, so weit Ihr es Euch leisten könnt. Falls Ihr nur einfach etwas spenden wollt - die Bankverbindung des Fördervereins ERBA Villa & Angertreff lautet: Kontonummer 38000254, Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000. Wer sich einreihen und dem Verein beitreten möchte, wende sich an Klaus Probst, Tel. 09131-21522; E-Mail: Klaus.Probst@stadt.erlangen.de

Herzlichen Dank im Voraus sagt Euch Gerd Worm, Vorsitzender der Anger-SPD!

Informationen über die Villa findet Ihr u.a. im Internet unter „<http://www.ret-tet-die-villa.de/>“.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ihr seid herzlich eingeladen zu unserer
nächsten

Distriktsversammlung am Mittwoch, 28. Juli um

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distrikttreffen ist am

Dienstag, 20. Juli um 20 Uhr im Schützenhaus

Liebe Distriktmitglieder,

am 13. Juli um 20 Uhr im AWO-Raum, Gaisbühlstr. 4

ist unsere nächste Distriktversamm-
lung

Als Tages schlage ich vor:

1. Aktuelles
2. Situation Krippenausbau in Frauen-
aurach

Liebe Distriktmitglieder!
Unsere nächste Sitzung wird

am 20. Juli um 20 Uhr im Nebenraum der „Kulisse“ (Theaterstrasse 8)

sein. Dort wollen wir uns schwerpunkt-
mäßig mit Wirtschafts- und Finanzpoli-
tik befassen – unter anderem mit dem
Papier, das unser Parteipräsidium unter
dem Titel „Fairness auf dem Arbeits-
markt“ vorgelegt hat. Das Ganze dient
auch zur Einstimmung auf die KMV, wel-
che zwei Tage später stattfinden wird!

Auch die SPD-Vorschläge zur Konsoli-
dierung des Erlanger Haushalts werden
an diesem Abend besprochen.

20 Uhr beim Angerwirt, Guhmannstraße 10

Die Tagesordnung wird noch bekannt
gegeben

Viele Grüße
Gerd Worm

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

3. Bericht aus dem Stadtrat (Aktuelle
Kürzungsvorschläge)
4. Fraktion vor Ort in Frauenaaurach
5. Terminplanung 2. Halbjahr
6. Verschiedenes

Unser diesjähriges Sommerfest findet
am Samstag, den 7. August ab 17:00 Uhr
bei Gisela Niclas statt. Ihr seid mit Part-
ner eingeladen. Zur Feinabstimmung
bitte ich Euch bei Gisela Niclas anzu-
melden.

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

Bereits ein weiterer Termin zum Vor- merken:

Die Septembersitzung wird wieder
mal gemeinsam mit den Jusos stattfin-
den! Andreas Richter wird am 21. Sep-
tember zur Erlanger Armuts- und Reich-
tumsverteilung, dem sog. „Erlanger
Sozialbericht 2009“ referieren, um im
Anschluss gemeinsam zu diskutieren,
eine politische Einordnung vorzuneh-
men und konkrete Forderungen abzu-
leiten.

Für den Vorstand,
Michael Zimmermann

Distrikt Anger

Vorsitzender:
Gerd Worm
Telefon: 304556
Karl.Gerd@gmx.de

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Distrikt Frauenaaurach

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

■ **Distrikt Ost**

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten

Distriktsversammlung am Dienstag, 13. Juli um 20 Uhr in der Gaststätte „Waldschänke“ (Sieglitz- hof)

Thema der Sitzung sind sozialdemokra-
tische Friedenspolitik und der Bundes-
wehreinsatz in Afghanistan. Mit uns
diskutieren Rosi Pfister, die sich bereits
für den Distrikt Innenstadt in das The-
ma eingearbeitet hat, und der Friedens-
beauftragte des Kreisverbandes, Andre-
as Richter.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig Birgit Hartwig

■ **Distrikt Süd**

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Klaus-Dieter Birkner
klausdieterbirkner@arcor.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten

Distriktversammlung am Mittwoch, 14. Juli um 20 Uhr im Biergarten Röthelheim

versammlung im Stadsüden. Nach Ein-
schätzung von Brigitte Rohr und Robert
Thaler haben unsere Themen die Bür-
gerversammlung "dominiert": Gerade
die Themen Anwohnerparken, Baustel-
lenverkehr, Standort Max-Planck-Ge-
sellschaft, Anbindung Parkmöglichkeiten
Röthelheimpark, Neubau Easthouse
und Zufahrt Bauhof wurden von unse-
ren Distriktsmitgliedern verstärkt ange-
sprochen.

Als TOP 2 folgte der Kassenbericht.
Der Distrikt-Süd ist finanziell solide
aufgestellt, vor allem wenn man be-
rücksichtigt, dass die Zuweisungen vom
Kreisverband noch erfolgen.

Die Jahresplanung 2010 erfolgte un-
ter TOP 3. Neben verschiedenen Akti-
vitäten – z.B. ist eine gemeinsame Sit-
zung mit dem Distrikt-Ost vorgesehen,
bei der Eröffnung des Röthelheimbades
wird der Distrikt vertreten sein um Prä-
senz zu zeigen, es soll erneut "Fraktion
vor Ort" geben – wird sich der Distrikt
vor allem bei der Festveranstaltung
140-Jahre-SPD-Erlangen engagieren. So
sollen die Genossinnen und Genossen
der Partnerstädte angeschrieben und
um Grußbotschaften gebeten werden.
Falls möglich, sollen Fotos von Genos-
sinnen und Genossen aus den Partner-
städten ausgestellt werden. Außerdem
übernimmt der Distrikt-Süd den Ku-
chenstand.

Unter dem TOP Verschiedenes be-
richtete Brigitte Rohr noch, dass der Di-
strikt-Süd den Fragebogen des Bundes-
vorstandes "SPD Ortsvereinbefragung
2010" abgeschickt hat.

Die nächste Sitzung des Distrikt-Süd
findet am Mittwoch, den 12.05.2010 um
20 Uhr im Biergarten Röthelheim statt.

Für das Protokoll
Günter Laurer

Unser Themenschwerpunkt ist der Bei-
trag des Distriktes zur 140-Jahrfeier der
SPD Erlangen.

Wir freuen uns auf Euer kommen!
Für den Vorstand
Brigitte Rohr

Protokoll der Jahreshaupt- versammlung des Distrikts Süd am 14.04.2010 im Bier- garten Röthelheim

Nach der Begrüßung der Anwesen-
den durch Brigitte Rohr, Vorsitzende des
Distrikt-Süd und der Sitzungseröffnung,
folgte als TOP 1 der Rechenschaftsbe-
richt der Vorsitzenden:

Als überaus erfolgreiche Veran-
staltung wurde "Fraktion vor Ort" am
21.02.2009 gesehen, bei der die rege
Teilnahme der Bevölkerung nochmals
herausgestellt wurde. Neben dem akti-
ven Einsatz im Bundestagswahlkampf
durch die Distriktsmitglieder gab es
am 09.12.2009 eine Veranstaltung zum
Thema "Soziale Situation in Erlangen",
bei der unser Genosse Andreas Richter
referierte. Besondere Erwähnung fand
auch die sehr aktive Teilnahme der Di-
striktsmitglieder an der letzten Bürger-

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 13. Juli, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles.
2. Vorbereitung von Ortsbeiratssitzung (21.07.) und Stadtratssitzung (29.07.)
3. TB Aufgabenverteilung; Verteilerbereiche
4. Kerwa, Tennenloher Kunstpreis
5. Verschiedenes.

Wir laden Euch alle außerdem recht herzlich ein zum

Bieranstich zur Tennenloher Kerwa Freitag, den 13.08., 19 Uhr im Festzelt Sebastianstraße Einmarsch u.a. der SPD: Treffpunkt 18.30 Uhr am Roten Ross/Ev. Kirche.

Unterstützung durch Mitglieder anderer Distrikte dringend erwünscht. Wir müssen Präsenz zeigen! Wir freuen uns auf ein gemütliches Zusammensein

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Vorankündigung der nächsten Distriktsversammlung: 14.09., 20.00 Uhr. Schlossgaststätte

Protokoll der Distriktsversammlung am 18.05.2010

1. Jugendclub

Spontane Diskussion über die bedenklichen Zustände im Tennenloher Jugendclub. Eine Schließung wäre zu befürchten, steht aber noch nicht an.

2. Bericht von der UVPA-Sitzung am selben Tag

Siehe hierzu separates Protokoll aus der UVPA-Sitzung „G6 Tennenlohe/Stichpunkteprotokoll des UVPA im Ratsaal Erlangen am 18.5.2010“, die unmittelbar vor der Distriktsversammlung am

selben Tag stattgefunden hat. Die Initiative gegen das G6 bedarf immer noch unserer Unterstützung mit weiterer Unterschriftensammlung, denn im Stadtrat kann in 4 Wochen über dieses Projekt abgestimmt werden, sofern dazu ein Antrag eingeht – ansonsten gilt der Beschluss des UVPA mit 7 zu 6 Stimmen für das G6.

Die Bemerkung des Herrn Volleth/CSU, er wisse nicht, „wie die Unterschriften gegen das G6 zu Stande gekommen seien“, haben die in der UVPA Anwesenden der Initiative als massive Beleidigung empfunden. [Anm.: dem Wissensdefizit wurde inzwischen durch ein Brief der Initiative Abhilfe geschaffen.] Die Distriktsversammlung hat Robert Thaler mit 6 von 7 Stimmen gebe-

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Beratungstermine

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 432 26 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

ten, einen Überprüfungsantrag dazu beim Stadtrat zu stellen.[Dieser wurde gestellt, sollte am 24.06. behandelt werden, wurde auf Bitte des OB auf den 29.07. verschoben!]

3. Planung Sommerfest (11.9.2010 an der Neustädter Kirche: „140 Jahre SPD“)

Unser Distrikt wurde um persönliche und sachliche Unterstützung gebeten – es gab aber nur vage Reflexionen. Besonders gefragt sind Beiträge zum Erzählkaffee von „altgedienten Sozis“.

4. Meinungsumfrage durch den Erlanger Vorstand

Der Vorstand will wissen, was die Distrikte von der KMV halten. Verschiedene Aspekte wurden diskutiert. Dabei fiel auf, dass einige Mitglieder Mitteilungen per Email betreffend KMV bekommen, andere aber nicht. Außerdem wurde noch das Antragswesen bemängelt, was ggf. unter dem Titel „Visionen“ gedacht sein soll.

Hannes Allabauer

Protokoll der Distriktsversammlung am 08.06.2010

1. Aktuelles

Die anwesenden Distriktsmitglieder gratulieren Rolf Schowalter zum Geburtstag.

2. Tennenloher Bote

Der letzte Tennenloher Bote wurde von der Bevölkerung wieder sehr positiv aufgenommen. Der nächste Tennenloher Bote soll Ende Juli in Druck gehen und rechtzeitig vor der Tennenloher Kerwa verteilt werden.

3. Baugebiet Perimed: Betreutes Wohnen

Auf dem ehemaligen Perimed-Gelände, das von der Fa Mauss erworben wurde, will der Investor Einfamilien und Reihenhäuser errichten. Viele Tennenloher Bürger wünschen seniorengerechte Wohnungen am Ort, um auch im Alter in Tennenlohe bleiben zu können. Tennenlohe hat unter den Erlanger Stadtteilen bereits jetzt die zweitälteste Bevölkerungsstruktur, jedoch keine Einrichtungen für Senioren. Das Perimed-Gelände stellt das letzte zusammenhängende Baugebiet in Tennenlohe dar, das für eine größere Senioreneinrichtung

(Wohnungen und Pflegestation) geeignet wäre. Die SPD-Fraktion hat in einem Antrag im Stadtrat die Errichtung von seniorengerechten Wohnungen in Tennenlohe gefordert. Der Ortsbeirat hat in einem einstimmigen Beschluss die Nutzung des Perimed-Geländes für seniorengerechte Wohnungen beantragt. Die Fa. Mauss hat in einer Bürgerinformationsversammlung die Errichtung von einigen wenigen seniorengerechten Wohnungen in Aussicht gestellt. Dies wurde von den anwesenden Bürgern jedoch als unzureichend erachtet. Aktuell finden Führungen zu Einrichtungen für seniorengerechtes Wohnen in Nürnberg und Buckenhof statt. Der Erlanger Seniorenbeirat ruft zu einem Architektenwettbewerb zur Umsetzung des Bauvorhabens für seniorengerechtes Wohnen auf. Dank dafür an Helga Steeger.

4. G6-Gebiet

In der letzten Ortsbeiratssitzung vom 22. April wurde das geplante Gewerbegebiet G6 einstimmig abgelehnt. Begründung: eine Eignungsprüfung aus dem Jahr 1989 stuft das Gelände als ungeeignet für ein Gewerbegebiet ein. Der Ortsbeirat fordert die Vorlage von Untersuchungsdaten, die nachvollziehbar darlegen, warum das Gebiet jetzt für ein Gewerbegebiet geeignet sein soll.

In der UVPA-Sitzung vom 18. Mai wurde das Gewerbegebiet mit 7:6 Stimmen befürwortet. Die SPD-Fraktion stellte einen Überprüfungsantrag. Damit ist eine Abstimmung im Stadtrat möglich, die am 24.6. erfolgen soll. Die Mitglieder des Distrikts sind aufgerufen, möglichst zahlreich an der Stadtratssitzung teilzunehmen. Der Distrikt dankt Robert Thaler für seinen Einsatz gegen das G6 in der UVPA-Sitzung.

5. Überschwemmungen in Tennenlohe und Eltersdorf

Bei dem heftigen Gewitter am 11. Mai wurden in Tennenlohe und Eltersdorf reihenweise Keller durch Rückstau im Kanal überflutet. Nach Aussage der Stadtverwaltung ist das Tennenloher Kanalsystem ausreichend dimensioniert, um Überschwemmungen zu vermeiden, vorausgesetzt die Keller sind mit Sperrvorrichtungen gegenüber Rückstau gesichert. Der Distrikt regt an, dass die Stadt weitere Information zur Vermeidung von Rückstau und Überschwemmungen an die Bürger geben möge.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,
zu unserer letzten Distriktsversamm-
lung vor der Sommerpause möchten wir
Euch herzlich einladen. Wir treffen uns
wieder am

Mittwoch, 21. Juli, 20 Uhr, im Gasthaus „Zur Ein- kehr“ (Güthlein)

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Berichte aus Kreisvorstand, Stadt-
ratsfraktion und Ortsbeirat
2. Zur Rolle der Kreismitgliederver-
sammlung; die Umfrage des Vorstan-
des formuliert die Fragestellung wie
folgt:
 - Was erwartet Ihr von einer Kreis-
mitgliederversammlung? Seht
Ihr den Schwerpunkt eher bei
Schulung/Referaten oder bei Mei-
nungsbildung/Diskussion/aktuel-
len Anträgen?
 - Ist der organisatorische Rahmen
der KMV passend? Sind Ort und
Zeit geeignet, große Beteiligung
zu erzielen? Sollten neue Formen
(Gruppenarbeit, Tischdiskussio-
nen, Textarbeit) ausprobiert wer-

den? Ist ein monatlicher Rhyth-
mus sinnvoll?

- Welche Themen interessieren Euch
besonders? Was sollte dringend
mal diskutiert/referiert werden?
 - Was wolltet Ihr uns schon immer
mal zur KMV sagen?
3. Wie geht es weiter im Stadtwesten –
Folgerungen aus der öffentlichen Ver-
sammlung vom 16.7. in der Scheune
 4. Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün? Was hal-
tet Ihr davon?
 5. Verschiedenes

Im Auftrag des Vorstandes
Gerd Peters

P. S. : Im Juni fand eine öffentliche Veran-
staltung mit Frau Willmann-Hohmann,
Leiterin des Stadtplanungsamtes, in
der „Scheune“ statt. Sie erläuterte die
Planungen im entstehenden zweiten
Entwicklungsgebiet West und im Zu-
sammenhang mit der Erweiterung des
Einkaufszentrums und geplanten Stadt-
teilszentrums an der Mönastraße.
Etwa 60 hieran Interessierte fanden sich
ein, zahlreiche Fragen wurden gestellt;
Probleme wie „Fluglärm“, wurden dis-
kutiert.

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

kostenlos

JETZT zu uns wechseln!

direktgiro

Das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen für Privatkunden:

- keine Grundgebühr
- kein Durchschnittsguthaben
- kein Mindesteingang
- alle Online- und SB-Terminal-Buchungen kostenlos

Sämtliche Kontoumstellungen erledigen wir gerne für Sie!
Weitere Informationen bei unseren Beratern,
unter 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr),
oder unter www.sparkasse-erlangen.de

 Sparkasse
Erlangen

■ **AG 60plus**

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

Hartmut.wiechert@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Mitgliederversammlung
am Mittwoch, 14. Juli,
15 Uhr im August-Bebel-
Haus**

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Altersgerechtes Wohnen in Erlangen
3. Verschiedenes

Zum Einstieg in das Thema "Stadtplanung unter dem Druck des demographischen Wandels" wird Robert Thaler Basisinformationen zur Stadtplanung in Erlangen bereitstellen.

Ich hoffe auf rege Mitarbeit und grüße im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

■ **AG 60plus (Unterbezirk)**

Vorsitzende:

Gisela Nowack

Telefon: 09195-3770

GisNow@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Arbeitsgemeinschaft 60plus lädt euch zusammen mit dem Ortsverein Herzogenaurach, Dieter Breyer, zu einem sehr interessanten Vortrag ein:

Finanzkrise und Schuldenkrise, ihre Ursachen und ihre Auswirkungen: Welche Folgerungen können wir daraus ziehen?

**Dr. Werner Maly, ehem.
Personalchef von Siemens
Donnerstag, 22. Juli,
19 Uhr in Herzogenaurach,
Saal der Gaststätte Kastanie,
Bamberger Str. 2 (unmittelbar am Hubmann-Parkplatz hinter dem Rathaus)**

Die Politik der führenden Wirtschaftsstaaten schaffte die Voraussetzungen für die Finanzkrise und führte zur Schuldenkrise, die heute alle großen Industriestaaten bedroht. Basis dieser Politik war der uneingeschränkte Glaube, dass „der Markt“ auf die Dauer alles richten wird und der Wille in dem gnadenlosen Wettbewerb in einer globalisierten Weltwirtschaft bestehen zu können. Auf dieser Basis entstand, angestachelt durch eine Gier zu schnellem Reichtum, ein weltweites Finanzsystem mit undurchsichtigen, teilweise verbrecherischen Methoden. Nur eine Rückkehr zu weltweit kontrollierten Finanzmärkten kann eine weitere noch schlimmere Finanzkrise verhindern. Die Bewältigung der Schuldenkrise wird lange Zeit dauern und viele soziale Probleme aufwerfen.

Wir freuen uns auf Euren Besuch.
Mit solidarischen Grüßen
Gez. Gisela Nowack und Dieter Breyer

Besucht uns doch auf unserer neu gestalteten Homepage:
www.spd-erh.de > AG 60plus

Gründung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

Am Dienstag, den 22.06.2010 hat sich nun endlich die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) im Unterbezirk Erlangen gegründet. Sehr erfreulich war die unerwartet hohe Teilnehmerzahl. Unter den Gründern waren auch mehrere (Noch) Nichtmitglieder und lange „verschollene“ Mitglieder. Dies zeigt deutlich den dringenden Diskussionsbedarf (auch aktueller) rechtspolitischer Fragestellungen. So wurde beschlossen sich nicht nur mit akuten rechtspolitischen Problemen auseinanderzusetzen, sondern auch Grundsatzfragen (beispielsweise die rechtlichen Eckpunkte der „Hartz IV – Gesetze“, die Reformierung des In-

solvenzrechts oder die Verkürzung des Rechtsschutzes) gemeinsam zu erörtern. Neben regelmäßigen Treffen werden daher auch Referate zu bestimmten Themen angeboten und die Ergebnisse der Diskussionen, soweit es sich anbietet, auch in Anträge an die KMV münden.

Die ASJ hat sich explizit zur Aufgabe gemacht Theorie und Praxis miteinander zu verbinden; insbesondere wird ein enger Kontakt zur hiesigen Universität und der Studentenschaft gewünscht und gesucht. Wir laden daher alle interessierten StudentInnen und Juristinnen und Juristen ein, sich an den geplanten Diskussionsrunden zu beteiligen.

Für nähere Informationen stehen wir euch natürlich gerne unter Heidrun.Meier@jura.uni-erlangen.de zur Verfügung.

Heidrun Meier, Vorsitzende
 Constanze Scheler, Stv.-Vorsitzende
 Judith Schmidt, Stv.-Vorsitzende

ASJ (Unterbezirk)

Vorsitzende:

Heidrun Meier

Heidrun.Meier@jura.uni-erlangen.de

EMMY-NOETHER-VORLESUNG 2010

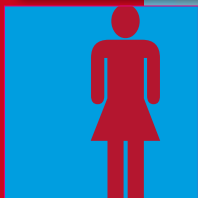
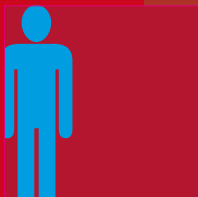
Ehe und Familie – Ideal und Wirklichkeit

Prof. Dr. Jutta Limbach



Ehe und Familie – Ideal und Wirklichkeit

Prof. Dr. Jutta Limbach

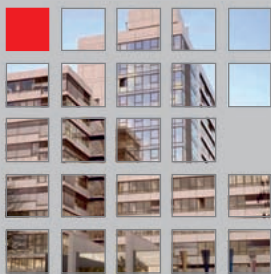


8. Juli 2010
18.00 Uhr
 in der Aula des
 Erlanger Schlosses

Vater, Mutter, Kind – neben dieser „klassischen“ Form der Familie sind immer vielfältigere Lebensgemeinschaften, wie Patchworkfamilien oder Allein-erziehende, gesellschaftlich akzeptiert. Eine „normale“ Ehe und Familie im juristischen Sinne zu definieren, wird daher immer schwieriger. Prof. Dr. Jutta Limbach, die frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, beschäftigt sich schon seit Längerem mit dieser Frage. Wie das Ideal von Ehe und Familie aussieht und wie die Wirklichkeit, analysiert Prof. Limbach in der Emmy-Noether-Vorlesung.

Die Emmy-Noether-Vorlesung

Die Mathematikerin Emmy Noether (1882-1935) war eine der ersten Frauen, die an der Erlanger Universität studierten. Mit 25 Jahren erlangte sie die Doktorwürde. Erst zwölf Jahre später wurde ihr an der Universität Göttingen die Lehrbefugnis erteilt. Die Nazis entzogen Emmy Noether, die jüdischer Abstammung war, 1933 die Lehrberechtigung. Die Mathematikerin emigrierte in die USA, wo sie zwei Jahre später starb. Mit der Vorlesung erinnert die Universität Erlangen-Nürnberg an den Tag, an dem Emmy Noether ihre hart erkämpfte Zulassung als Dozentin an einer Hochschule erhielt - den 5. Juni 1919 - und stellt zugleich Frauen vor, die heute erfolgreich als Wissenschaftlerinnen arbeiten.



RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

ERLANGER RADLERHEARING

Radlerstadt Erlangen?

DIE ERBA-VILLA IST GERETTET!

ANDERE MEHRHEIT SICHERT ZUKUNFT DER ERBA-VILLA

Weitere, aktuelle Informationen zur Unterstützung der ERBA-Villa finden Sie auf der Homepage der Bürgerinitiative: rettet-die-villa.de

Nach den widersprüchlichen Äußerungen der CSU – öffentlich: „Wir erhalten die Villa“, hinter verschlossenen Türen: „Die Villa wird verkauft“ – hat eine „andere“ Mehrheit im Stadtrat den Erhalt der Villa gegen die Stimmen der CSU beschlossen. Trotz ihrer desolaten Haushaltspolitik hatte sich die CSU mehrmals öffentlich zum Erhalt der Villa bekannt, in den Ausschüssen unter Ausschluss der Öffentlichkeit brach sie jedoch ihr Wort. Birgit Hartwig, Jugend- und Freizeitpolitische Sprecherin: „Die CSU-Fraktion will die Erba-Villa verkaufen und damit eine im Anger zentral gelegenen soziokulturelle Einrichtung, die für viele Menschen dort ein zweites Zuhause darstellt, einfach aufgeben.“ Der Verweis auf Alternativflächen, in die sich die CSU noch retten wollte, erwies sich als Luftschloss: Es gibt keine.

Um den Bürgertreffs in der Erba-Villa auf jeden Fall zu erhalten, hat sich die SPD-Fraktion in den Haushaltsverhandlungen für eine schrittweise Sanierung eingesetzt. Unser ursprünglich gestellter Antrag auf

Generalsanierung war zu dieser Zeit aussichtslos. Die Finanzierung des Vorgehens in Abschnitten, zunächst die Nutzbarmachung des Erdgeschosses, wurde jedoch im Haushalt einstimmig beschlossen und muss nun durchgeführt werden.

Auch für die Anmietung von Räumen zur Unterbringung der Jugendhilfeeinrichtungen stellte sich heraus, dass die Kosten für ca. zehn Jahren so hoch wären, dass die Stadt dafür gut und gerne bei der Villa eine Generalsanierung nebst einem Anbau für die Einrichtungen durchführen könnten. Für eine Übergangslösung bis zur schrittweisen Nutzbarmachung der übrigen Stockwerke konnte nun ein in direkter Nähe gelegenes Objekt gefunden werden, das den Anforderungen gerecht wird.

„Wieder einmal zeigt sich, dass die Politik der CSU-Fraktion, die keine klaren inhaltlichen Strukturen erkennen lässt. Immerhin verfügt sie jetzt nicht mehr über sicheren Mehrheiten“ meint Birgit Hartwig. ■

FRAKTIONSVORSTAND IM AMT BESTÄTIGT

Für zwei weitere Jahre wurde Dr. Florian Janik als Fraktionsvorsitzender und seine Stellvertreterinnen Ursula Lanig und Barbara Pfister wiedergewählt. Dr. Florian Janik freute sich über das Zeichen des großen Vertrauens, das er und sein Vorstand innerhalb der Partei und der Fraktion genießt. „Wir haben in den letzten zwei Jahren gute Arbeit geleistet“, so Janik, „wir haben auf die richtigen Themen gesetzt und Erfolg mit unseren Veranstaltungen.

Die „Stadtgespräche“ zu aktuellen Themen und die Gesprächsreihe „Fraktion vor Ort“ stoßen in den Ortsteilen bei auf breites Interesse. Wir bekommen dafür auch von Außen ein gutes Feedback. Umso mehr freue ich mich auch für den gesamten Vorstand, dass diese Arbeit auch innerhalb der Fraktion honoriert wird und wir den Auftrag bekommen haben, weiter zu machen.“ ■

SCHWARZARBEIT

BEKÄMPFUNG SCHEITERT AN PERSONALMANGEL

Laut Mitteilung der Stadt kann der Antrag der SPD-Fraktion zu Maßnahmen gegen Schwarzarbeit aufgrund fehlender Personalkapazitäten bis auf Weiteres nicht bearbeitet werden. Die SPD hatte bereits im Januar einen Bericht zur aktuellen Lage gefordert und beantragt, kommunale Handlungsmöglichkeiten (gemeinsam mit Kammern, Verbänden und Gewerkschaften) zu diskutieren. Illegale Beschäftigung und

Schwarzarbeit schaden nicht nur den Unternehmen und ArbeitnehmerInnen der betroffenen Branchen, sondern auch der Stadt, der ebenso wie dem Staat erhebliche Einnahmen entgehen. „Die Stadt muss ihren Beitrag zur Bekämpfung leisten – gerade hier am Personal zu sparen, wie es die Rathausmehrheit tut, ist unverantwortlich“, kritisiert Barbara Pfister, Fraktionssprecherin für Personal. ■

ERLANGER RADLERHEARING

WIE IST ES UM ERLANGENS RADVERKEHR BESTELLT?

Mit dieser Frage beschäftigten sich eine große Anzahl von BürgerInnen, die der Einladung des städtischen Fahrradbeauftragten Joachim Kaluza und der Umweltreferentin Marlene Wüstner am 12.5. in den großen Saal der VHS gefolgt waren. Schnell wurde klar: Vieles ist noch verbesserungswürdig. Immer noch zehrt Erlangens Image als Radlerstadt von dem Ruf, den unser früherer Oberbürgermeister Dietmar Hahlweg in seiner Amtszeit begründete. Dank seiner Vision ist der Fahrradanteil am Binnenverkehr in unserer Stadt auf mittlerweile 33% gestiegen. Allerdings kommen nur 5% und damit viel zu wenig aus dem Umland per Fahrrad in die Stadt.

Um diese Zahl zu steigern, müssen Umlandgemeinden und die Stadt Erlangen besser kooperieren. Obwohl das Problem auch dem anwesenden Oberbürgermeister Siegfried Balleis schon länger bekannt ist, waren von ihm bisher noch keine nennenswerten Initiativen erkennbar. So ist der Radweg von Dechsendorf nach Röttenbach entlang der Staatsstraße bis heute nicht gebaut, weil die Finanzierung des Teilstückes auf Erlanger Seite immer wieder auf Eis gelegt wurde. Die SPD unter-



stützt das Ziel des ADFC, dessen Vorsitzender Altissimo klar formulierte: „Wir wollen eine Verdoppelung des Radverkehrs bis 2020! Das Fahrrad muss zum akzeptierten Verkehrsmittel werden.“ Dazu müssen einerseits die alltäglichen Sorgen und Nöte der Radfahrer ernst genommen werden – sie reichen vom Winterdienst über die Führung einzelner Radwegen bis hin zu mangelnden Fahrradabstellmöglichkeiten, besonders im Umfeld des Bahnhofs. Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Felizitas Traub-Eichhorn, fordert ein in die Zukunft weisendes Gesamtkonzept: „Wir sollten über die Weiterentwicklung unserer Fahrradinfrastruktur als Ganzes nachdenken!“ ■



DIW-Studie zur Einkommensentwicklung

Schwarz-gelbes Sparpaket ist unfair und gefährlich

Die aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Einkommensentwicklung in Deutschland entlarvt die Sozillüge der Bundesregierung. Das schwarz-gelbe Sparpaket ist unfair und gefährlich. Die untersten Einkommen und die Mittelschicht werden überfordert und sollen die Zeche der Krise alleine bezahlen.

Die Forscher des DIW belegen: Die Einkommensgegensätze zwischen ärmeren und reicheren Haushalten nehmen zu. Wir haben immer mehr Reiche, die immer reicher werden, und wir haben immer mehr Arme, die immer ärmer werden. Angst vor Abstieg und Statusverlust sind bis weit in die Mittelschicht verbreitet. Auch die Wissenschaftler vom DIW erkennen, dass das Sparpaket der Bundesregierung die Spaltung der Gesellschaft weiter vertiefen wird. Mit einer solchen Politik sehen die Wissenschaftler auf Dauer die gesellschaftliche Stabilität gefährdet. Die Studie ist damit ein weiteres großes Stoppschild für die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Dass es auch anders geht, zeigt das Lob der Wissenschaftler für die erfolgreiche Krisenpolitik, die die SPD in der letzten Bundesregierung durchgesetzt hat. Die Abfederung der Wirtschafts- und Finanzkrise hat eine weitere Polarisierung bei den Einkommen verhindert, da wir mit zwei Konjunkturpaketen und der verbesserten Kurzarbeit mehrere hunderttausend Beschäftigte in Arbeit gehalten haben.

Statt einseitiger schwarz-gelber Klientelpolitik gegen die Schwächsten der Gesellschaft muss jetzt ein ausgewogenes Konzept zur Haushalts-Konsolidierung her. Auch Spitzenverdiener, Vermögende und die Finanzmärkte müssen ihren Beitrag zur Bewältigung der finanziellen Folgen der Krise leisten. Wir brauchen mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt, um ein weiteres Abrutschen im unteren Einkommensbereich zu verhindern.

Eine faire Politik

- setzt auf einen gesetzlichen Mindestlohn und begrenzt die Leiharbeit. Ein Mindestlohn von 8,50€ würde die öffentlichen Haushalte um deutlich mehr als 1,5 Mrd. € entlasten.
- beteiligt die Finanzbranche an den Kosten der Krise. Eine Finanztransaktionssteuer könnte einen Konsolidierungsbeitrag zwischen 14 und 30 Mrd. € bringen.
- sorgt für eine gerechte Besteuerung großer Vermögen und der Spitzeneinkommen. Die starken Schultern würden sich so mit einem zweistelligen Milliardenbetrag an der Haushaltskonsolidierung beteiligen.
- bedient nicht schamlos Klientelinteressen. Mit einer Rücknahme der Steuererleichterungen für Hotelbetreiber, reiche Erben und Unternehmen würden rund 3,5 Mrd. € wieder den öffentlichen Haushalten zur Verfügung stehen.

Wir brauchen eine Politik, die sich am Gemeinwohl orientiert. Wer unser Land erfolgreich aus der Krise führen will, darf es nicht noch weiter spalten.